



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2015

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de



Koordination: Inse Geismar
Veröffentlicht am 30. September 2016 in Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

GELEITWORT	5
NAHOST	7
Türkei/Syrien/Irak – Iran - Sonstige Aktivitäten	
AFRIKA	12
Mauretanien - Flüchtlinge aus Nordafrika und Eritrea - Sudan/Darfur/Nubaberge/Südsudan – Westsahara - Nigeria/Kamerun/Mali - Schutzverantwortung für Zivilisten in Kriegen	
ASIEN	15
China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei - Burma - Indien - Indonesien - Japan - Pakistan - Vietnam	
EUROPA	18
Russische Föderation/Nordkaukasus – Ukraine - Bosnien und Herzegowina - Roma aus dem Westbalkan - Wolfskinder - Verschiedenes - Menschenrechtsinitiativen der GfbV Bosnien und Herzegowina	
INDIGENE VÖLKER	25
Kolumbien - Brasilien-Peru - Kanada/Stolen Sisters - Aboriginal Australians - Leonard Peltier	
DIE GFBV BEI DEN VEREINTEN NATIONEN	28
AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN	29
HOMEPAGE UND NEUE MEDIEN	34
Homepage - Neue Medien - Newsletter	
PRESSE	37
PUBLIKATIONEN	43
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom - Reporte, Dokumentationen, Hintergrundpapiere - Verschiedenes	

DIE GFBV IN BERLIN	47
REGIONALGRUPPEN 2015	48
Regionalgruppe Karlsruhe - Regionalgruppe Hamburg - Regionalgruppe Göttingen - Regionalgruppe München - Regionalgruppe Aachen - Regionalgruppe Düsseldorf - Regionalgruppe Bonn - Regionalgruppe Nürnberg - Regionalgruppe Münster - Regionalgruppe Köln	
GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN	52
So funktioniert die GfbV - Finanzen	
DAS GFBV-TEAM	60
ADRESSEN DER GFBV-SEKTIONEN	63

Geleitwort

„Wann immer die Medien über Ungerechtigkeiten gegen Menschen, Bedrohungen von Völkern oder Volksgruppen in verschiedenen Kontinenten berichten und ich mir darüber klar bin, dass etwas zur Hilfe der Betroffenen geschehen muss, denke ich sofort an Ihre Menschenrechtsorganisation: die Gesellschaft für bedrohte Völker. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten großartiges geleistet und alle Ihre Freunde – zu denen ich mich zähle – freuen sich, dass es Sie gibt. ... Ich bitte Sie alle, in dieser Tradition zum Wohl der Unterdrückten und Benachteiligten weiter zu arbeiten.“

So hat unser langjähriger Freund Simon Wiesenthal, der sein Leben der Fahndung nach Verbrechern des Naziregimes widmete, unsere Menschenrechtsarbeit gewürdigt. Auch Literaturnobelpreisträger Günter Grass hat uns jahrzehntelang ganz konkret unterstützt: Er kam persönlich immer wieder zu unseren Menschenrechtsaktionen, ergriff das Wort auf Kundgebungen oder sandte uns Botschaften und sorgte so für Aufmerksamkeit für unsere Anliegen. Leider mussten wir von Günter Grass im vergangenen Jahr Abschied nehmen. Dankbar werden wir ihn als engagierten und wortgewaltigen Freund in Erinnerung behalten.

Zu unserer Jahresversammlung am 15./16. Oktober 2016 legen wir Ihnen unseren Arbeitsbericht 2015 vor. Im Folgenden berichten unsere hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre vielfältigen Menschenrechtsinitiativen, die ohne die engagierte Mitarbeit von 52 meist studentischen Praktikantinnen und Praktikanten allein im Jahr 2015 in diesem Umfang nicht möglich gewesen wäre. Ihnen allen sage ich herzlichen Dank genauso wie allen unserer rund 9.000 Mitgliedern, Förderern und Abonnenten in Deutschland: Sie alle haben unsere vielfältige Menschenrechtsarbeit für ethnische und religiöse Minderheiten gegen Unterdrückung, Vertreibung und Völkermord getragen. Danke!

Auch die GfbV-Sektionen in Österreich, der Schweiz, Süd-Tirol, Bosnien-Herzegowina und dem irakischen Kurdistan können auf ihre Unterstützerinnen und Unterstützer zählen. Den gemeinsamen Arbeitsbericht der GfbV-International können Sie im Dezember bei uns anfordern. In fast fünf Jahrzehnten ist unsere Menschenrechtsorganisation zur größten Bewegung für ethnische und religiöse Minderheiten in Europa geworden.

Gern möchte ich Sie besonders auf unsere Arbeit bei den Vereinten Nationen (UN) hinweisen. Die Wirkung der Stellungnahmen, die wir dort schriftlich einreichten oder mündlich vortrugen, ist nicht zu unterschätzen. Sie werden von Diplomaten und Regierungen aufmerksam aufgenommen, geben unterdrückten Minderheiten endlich eine Stimme auf internationalem Parkett, stellen ihre Peiniger bloß. 1993 konnte der Unterzeichner in New York den mitwirkenden UN-Status für unsere Menschenrechtsorganisation durchsetzen. Auch den beratenden Status beim Europarat können wir immer wieder für unsere Initiativen nutzen.

Neben dem Publizieren, der Herausgabe unserer Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“, der umfangreichen täglichen Medienarbeit und den Online-Initiativen müssen wir bei unserer Menschenrechtsarbeit immer besonders auf zwei Dinge achten: Wir müssen das menschliche Leid verfolgter ethnischer und religiöser Gemeinschaften in den Vordergrund rücken und Regierungen und Ministerien, Hilfswerke sowie eine breite Öffentlichkeit zu humanitären Aktionen und Hilfen für Minderheiten bewegen. Dafür müssen wir unkonventionelle Ideen und Aktionen entwickeln, auch kreative Initiativen ergreifen.

Unverzichtbar ist dafür auch die Arbeit unserer ehrenamtlichen Regionalgruppen, die vielerorts Hilfs- und Protestinitiativen durchführen. Darüber hinaus müssen hier unsere ehrenamtlichen Koordinatoren genannt und geehrt werden, die unseren Referenten als Spezialisten für die Probleme einzelner Minderheiten mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Für Veranstaltungen in Göttingen steht seit einigen Jahren unser „Victor-Gollancz-Haus“ zur Verfügung. Es befindet sich in Geiststraße 7 und ist nur wenige Schritte vom Bahnhof entfernt. Der Unterzeichner konnte den Kauf dieses Haus dank der Unterstützung großzügiger Persönlichkeiten und Institutionen ermöglichen. Wir benannten es nach dem großen britisch-jüdischen Humanisten, der schon 1933 die ersten NS-Verbrechen dokumentierte, sich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gegen den Vorwurf der Kollektivschuld wandte und deren Massenvertreibungen der Ost-Deutschen verurteilte. Gemeinsam mit Bertrand Russel und Robert Jungk gehörte er zu den Initiatoren der Bewegung gegen Atomwaffen. 1960 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Das Vermächtnis von Victor Gollancz sollte eine der Leitlinien unserer Menschenrechtsorganisation sein: „Was macht es schon aus, dass meine Haut weiß ist und die eines Afrikaners schwarz, dass ich Jude bin und mein Nachbar anderen Glaubens... Lasst uns denn im Namen der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes diese Unterschiede vergessen, damit wir uns unseres gemeinsamen Menschseins erinnern.“

In diesem Sinne müssen wir uns in den kommenden Monaten wieder verstärkt einem schrecklichen Makel gegenwärtiger deutscher Politik zuwenden: Unser Land ist zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt geworden. Wir müssen konkret recherchieren, wo Waffen aus Deutschland an Genozid-Verbrechen an ethnischen und religiösen Minderheiten beteiligt sind, wo sie Vertreibungen und Massenvergewaltigungen ermöglichen, und dann durch überzeugende, wirksame Aktionen dazu beitragen diese Situation zu verändern.



Tilman Zülch
Gründer und Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker

Nahost

Türkei/Syrien/Irak

Der Syrienkrieg hat inzwischen mindestens 300.000 Todesopfer gefordert. Die Fronten sind unüberschaubar geworden. Die vielen verschiedenen Kriegsparteien, ihre regionalen und internationalen Schutzmächte beharren auf einem „militärischen Sieg“. Um einen islamischen Gottesstaat in Syrien und dem Irak errichten zu können, hat die sunnitische Terrorgruppe „Islamischer Staat“ ganze Volksgruppen vertrieben. Zu ihnen gehören nahezu alle Yeziden aus dem Sinjar im Irak. Tausende Angehörige dieser Glaubensgemeinschaft wurden von IS-Milizen ermordet oder verletzt, viele Frauen verschleppt und versklavt. Auch die christlichen Assyrer/Chaldäer/Aramäer aus dem irakischen Mossul und der benachbarten Ninive-Ebene wurden vertrieben. Die humanitäre Lage in den Flüchtlingslagern ist katastrophal.

Anfang 2015 forderte die GfbV die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich auch gegen den Willen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan für eine Selbstverwaltung der Kurden in Nordsyrien einzusetzen. Sie hatten die IS-Extremisten aus dem Gebiet um die Stadt Kobanî vertrieben. Der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido reiste in den westlichen Teil des türkisch-syrischen Grenzgebiets, um sich ein Bild über die Lage der einzelnen Volksgruppen zu machen. In der Region um die kurdische Enklave Afrin und das arabisch-sunnitische Azaz führte er während seiner **Recherchereise** zahlreiche Gespräche mit Politikern und Repräsentanten verschiedener ethnischer und religiöser Minderheiten sowie Flüchtlingen aus anderen Teilen Syriens, die Schutz im Kurdengebiet gesucht haben. Auf Initiative der Partei der Demokratischen Union (PYD) hat in den Regionen Cizîra, Kobanî (Ain al-Arab) und Afrin ein „Übergangsrat zur Bildung der Selbstverwaltung in Westkurdistan (Rojava)“ die Arbeit aufgenommen. Er wurde von kurdischen, christlichen und arabischen Organisationen gegründet und will ein friedliches „Zusammenleben von verschiedenen Ethnien und Religionen auf demokratischer Basis“ ermöglichen.

Über seine Eindrücke berichtete Dr. Sido in zahlreichen, in der Regel sehr gut besuchten **Vorträgen, auf Informationsveranstaltungen und in Podiumsdiskussionen** u.a. in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Bielefeld, Karlsruhe, Aachen, Wuppertal, Konstanz und Marburg. In den lokalen Medien wurden diese Veranstaltungen regelmäßig angekündigt, danach dann ausführlich darüber berichtet. So erreichten wir unser Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit über die bedrückende Situation der Minderheiten im Bürgerkriegsland Syrien und dem benachbarten Irak zu informieren. Darüber hinaus stand unser Nahostreferent Journalisten zahlreicher deutscher und internationaler Medien Rede und Antwort, berichtete vor Behörden und anderen. Wir informierten u. a. das Auswärtige Amt und die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien regelmäßig über die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Nordsyrien.

Wir unterstützten eine **Großdemonstration** des „Zentralverbandes der assyrischen Vereinigungen in Deutschland und europäischen Sektionen“ (ZAVD) am 7. März 2015 in Mainz. Die Assyrer/Chaldäer/Aramäer und ihre Freunde forderten dabei ein Ende der „Vernichtung des christlichen Lebens in Syrien und Irak“ und riefen die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, die Christen vor den barbarischen Angriffen der IS-

Dschihadisten zu schützen. 100 Jahre nach dem Völkermord an Armeniern, Assyriern/Aramäern/Chaldäern und Griechen im Osmanischen Reich fühlen sich die Christen in der Türkei, im Irak und in Syrien wieder allein gelassen. Die Nachfahren der Überlebenden des Völkermordes von 1915 werden wieder verschleppt, vergewaltigt und ermordet. Als großen Erfolg auch unserer Menschenrechtsarbeit werteten wir es, dass das österreichische Parlament im April 2015 den **Genozid an den Armeniern, Assyriern/Aramäern/Chaldäern und Griechen im Osmanischen Reich anerkannte**. Zuvor hatten wir an alle Mitglieder des österreichischen Nationalrats einen **Appell** geschickt, für diese Anerkennung zu stimmen. Die türkische Regierung streitet das Verbrechen nach wie vor ab.

Beim **Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 2015 in Stuttgart** errichtete die GfV ein **symbolisches Zeltlager für die Opfer des IS-Terrors** und informierte über die Gräueltaten wie Morde, Vergewaltigungen und Vertreibungen von Assyriern/Aramäern/Chaldäern, Armeniern, anderen Christen und Yeziden in den Ländern des Nahen Ostens. So wollten wir Kirche und Politik zu mehr Solidarität mit den Verfolgten aufrufen. Wir forderten dazu auf, mehr Druck auf die türkische Regierung auszuüben, die Grenzübergänge für humanitäre Hilfe offenzuhalten, die Freilassung der über 200 assyrischen Geiseln des IS und der beiden im April 2013 verschleppten Bischöfe Mor Gregorius Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi zu erwirken sowie für die Erleichterung der Aufnahme christlicher Flüchtlinge in Deutschland einzutreten.

Es gelang uns, die Aufmerksamkeit von Pressefotografen und Kirchentagsbesuchern auf unsere Aktion zu lenken und Angehörigen der betroffenen Minderheiten ein Forum zu geben. Sie demonstrierten mit Transparenten, Flugblättern und Plakaten vor unserem symbolischen Lager und gaben ebenfalls Auskunft über die aktuelle Lage in ihren Herkunftsländern. Auch Mitglieder des Assyrischen Mesopotamien-Vereins Augsburg sowie Vertreter der yezidischen, der koptischen und armenischen Gemeinden, unter anderem der höchste Repräsentant der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Bischof Anba Damia, waren vor Ort, um die Aktion zu unterstützen.

Wir setzten unserer **Kampagne für die Aufnahme von traumatisierten Yezidinnen und Christinnen** aus dem Nordirak fort, die vom IS verschleppt und missbraucht worden waren. 2015 appellierten wir an die Bundesländer, dem Beispiel von Baden-Württemberg zu folgen und ein Kontingent dieser so hilfsbedürftigen Frauen aufzunehmen. Vor allem die Landesregierung von Niedersachsen, in dem nahezu die Hälfte aller deutschen Yeziden lebt, wurde aufgefordert, traumatisierten Frauen und Verletzten aus dem Irak zu helfen. Wir unterstützten unsere Regionalgruppe in Göttingen, die diese Forderung bei verschiedenen Parteien durchzusetzen versuchte. Einen Antrag unter dem Titel „Hilfe für die Yeziden“ wurde von dem SPD-Bezirksparteitag angenommen.

Außerdem starteten wir eine **Unterschriftenkampagne für die Unterstützung der christlichen und yezidischen Flüchtlinge im Irak und Syrien**. Der Appell richtete sich an den deutschen Außenminister mit der Bitte Yeziden, Christen und anderen Minderheiten vor Ort zu helfen.

Von Oktober bis Dezember 2015 haben wir einen detaillierten **29-seitigen Bericht über die Lage in den Flüchtlingslagern in Kurdistan** (Nordirak) erstellt und auf die Notwendigkeit, dort verstärkt humanitäre Hilfe zu leisten, aufmerksam gemacht. Irakisch-Kurdistan hat

insgesamt 1,8 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, darunter sehr viele Christen, Yeziden und andere IS-Opfer. Sie lebten auch im Jahre 2015 vor allem in den zwölf überfüllten Flüchtlingscamps. Die Zahl der Flüchtlinge steigt. In dem Bericht, den wir Behörden, Hilfswerken und Medien vorlegten, stellten wir dar, in welchen Bereichen humanitäre Hilfe am meisten benötigt wird.

Im September 2015 war zum ersten Mal in der Geschichte der GfbV mit Maher Tyfour ein Repräsentant der **drusischen Minderheit** unser Gast. Er berichtete über die Lage der Drusen in Syrien, im Libanon und in Jordanien. Zuvor hatte unser Nahostreferent die drusische Minderheit im Norden von Israel besucht. Sie zählt dort und auf den Golan-Höhen rund 125.000 Angehörige. „Obwohl der Glaube der Drusen stark von der schiitischen Tradition geprägt ist und sie sich selbst als „Muwaḥḥidūn“, also Monotheisten, bezeichnen, sind die Unterschiede zum Islam so groß, dass man von einer eigenständigen Religion sprechen kann“, betonte unser Gast bei seinem Vortrag, zu dem wir die Öffentlichkeit eingeladen hatten. In Syrien sind die Drusen zwischen die Fronten geraten. Dort leben etwa 700.000 von ihnen, im Libanon gibt es rund 280.000 und in Jordanien existiert eine sehr kleine drusische Gemeinschaft.

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahrs im Herrschaftsgebiet des IS im Irak und Syrien Ende August alarmierten wir die deutschen und internationalen Medien: Unsere Gewährsleute hatten uns informiert, dass die **neuen Schulbücher** im nordirakischen Mossul, das vom IS regiert wird, offenbar **christenfeindlich** sind. Darin waren antichristliche Koranverse abgedruckt, die aus dem historischen Zusammenhang gerissen Christen und andere Nicht-Sunniten als Ungläubige und Feinde darstellen.

Mit großer Sorge beobachtete die GfbV das Vorgehen der türkischen Streitkräfte im Irak und in Nordsyrien. Sie schienen sich - anders als von der Türkei behauptet - weniger gegen Stützpunkte des IS als vielmehr gegen kurdische sowie christliche Stellungen und Dörfer zu richten. Mit **Kundgebungen** vor der türkischen Botschaft in Berlin protestierte die GfbV-Regionalgruppe Berlin unterstützt von Kurden und ihren Freunden - gegen diese Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Das Motto „Erdogans Krieg beenden – Frieden jetzt!“ (Türkisch: Erdoğanın savaşı bitsin - barış simdi!) richtete sich sowohl an die regierende AKP-Partei als auch die kurdische PKK: Sie sollen einen beiderseitigen Waffenstillstand erklären und ohne Vorbedingungen zu den Friedensverhandlungen zurückkehren. Um einen konstruktiven politischen Dialog mit allen Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, in Syrien und im Irak beginnen zu können, dürfe die türkische Armee keine grenzüberschreitenden Angriffe mehr in Richtung Irak oder Syrien führen. Die GfbV begann mit den zuständigen lokalen Autoritäten in Nordsyrien einen Dialog erst von Angesicht zu Angesicht im Land selbst und dann über die sozialen Mediensowie telefonisch, damit die Menschenrechte stärker beachtet werden. In dieser Sache traten wir auch an den Vorsitzenden des Stephanuskreises der Unionsfraktion, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte heran. Auch im Bundeskanzleramt führten wir Gespräche, unter anderem mit Beratern der deutschen Bundeskanzlerin.

Im Laufe des Jahres 2015 haben wir immer wieder mit **persönlichen und offenen Briefen an die deutsche Bundesregierung**, allen voran an die Bundeskanzlerin, appelliert, bei Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung darauf zu drängen, dass die Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik gegenüber den Kurden in der Türkei, aber auch im

benachbarten Syrien beendet wird. Wiederholt legen wir dar, wie die **logistische Unterstützung der Regierung in Ankara für islamistische Gruppen** nicht nur den Menschen in Syrien, im Irak, in Libyen oder Ägypten schadet, sondern auch das friedliche Miteinander in der Türkei beeinträchtigt.

Iran

Bei seinem Amtsantritt im Jahr 2013 hatte der iranische Präsident Hassan Rohani versprochen, die Menschenrechtslage im Iran zu verbessern. Doch dieses Versprechen hat sich für die Baha'i, Kurden, Christen und anderen Minderheiten im Iran nicht erfüllt.

Am 18. Mai 2015 organisierten wir in Berlin **eine Pressekonferenz für iranische Menschenrechtsaktivisten**, die über Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land in „Zeiten politischer Annäherung“ berichteten: In mehreren Städten Iranisch-Kurdistans wurden kurdische Proteste blutig niedergeschlagen. Mindestens zwei Kurden wurden dabei von iranischen Sicherheitskräften getötet, 50 verletzt und mindestens 282 festgenommen. Auslöser der Proteste war die versuchte Vergewaltigung einer Kurdin in der Stadt Mahabad im Nordwesten des Landes. Das 25 Jahre alte Opfer kam dabei zu Tode. In den sozialen Medien gab es eine gewaltige Welle von Solidarität mit der jungen Kurdin. Nach unserer Pressekonferenz erschienen in verschiedenen deutschen, arabischsprachigen und persischen Medien Berichte über diese Menschenrechtslage.

Mitarbeiter, Mitglieder und Freunde der GfbV organisierten mit Unterstützung der Internationalen Organisation zum Schutz der Menschenrechte (IOPHRI), der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und Karamat e.V. am 1. Juli 2015 in Frankfurt am Main eine **Mahnwache** für die **Freilassung aller Gewissensgefangenen im Iran** vor dem Generalkonsulat der Islamischen Republik. Vor den Augen der iranischen Diplomaten wurde eine **symbolische Einzelzelle** aufgebaut. Zahlreiche Passanten setzten sich mit ihrer Unterschrift für die Häftlinge ein. Dass unsere Aktion für Minderheiten- und Menschenrechte sehr wohl Beachtung bei den Iranern fand, zeigte sich an der sehr starken Präsenz von Polizeibeamten, die auf Wunsch des Konsulats um das Gelände stationiert waren. Unter lautem Trommeln riefen unsere Mitarbeiter mit ihren Unterstützern immer wieder „Azadi, Azadi, Azadi...“. Diese in persischer Sprache laut gerufene Parole wurden auch ins Deutsche (Freiheit, Freiheit, Freiheit...) übersetzt. Im Mittelpunkt unserer Aktion stand der 54 Jahre alte Kurde Mohammad Sadiq Kabudvand. Der Menschenrechtler ist seit dem 1. Juli 2007 im Iran inhaftiert. Er leidet an einer Herzerkrankung und wird nicht ausreichend behandelt.

Bevor der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) am 2. Oktober 2015 in den Iran fuhr, baten wir ihn, sich dort für die Freilassung von Gewissensgefangenen einzusetzen.

Sonstige Aktivitäten

Im Jahre 2015 haben wir auch unsere **Arbeit für Flüchtlinge aus den Ländern des Nahen Ostens** kontinuierlich fortgesetzt. Immer wieder unterstützten wir kurdische, yezidische, christliche Flüchtlinge und Angehörige anderer Minderheiten, die in Deutschland Schutz gesucht haben, in verschiedenen Bereichen ihres Lebens. Für Behörden erstellten wir Stellungnahmen über die Situation in den Herkunftsländern, halfen Flüchtlingen bei der Suche

nach einem Anwalt und berieten sie in ihren Muttersprachen Arabisch, Kurdisch (Kurmanci, Sorani), Persisch, Türkisch und Russisch in verschiedenen Angelegenheiten.

Im Juni 2015 strömten sehr viele Interessierte in unser Victor-Gollancz-Haus, als die Regionalgruppe Göttingen zu der **Veranstaltung „Begegnung schaffen“ zu offenen Tischgesprächen mit Flüchtlingen** aus dem Grenzdurchgangslager Friedland einlud. Gegen ein einseitig skizziertes Bild aus den Medien setzte die Veranstaltung ein Zeichen für einen ehrlichen Austausch auf Augenhöhe. Nach einem einführenden Kurzvortrag über die Situation im Grenzdurchgangslager fanden Gesprächsrunden mit den Geflüchteten statt. Menschen ihre Geschichte erzählen lassen, Anteil nehmen an ihren Erfahrungen, ihnen zeigen, dass sich jemand für sie interessiert und sie willkommen heißen möchte – in diesem Sinne gestaltete die Regionalgruppe ihren Gesprächsabend. Bei der Veranstaltung stellten wir Übersetzer und Dolmetscher für Arabisch, Kurdisch und Russisch.

Zur Lage der Minderheiten in Syrien, im Irak, in der Türkei, im Iran sowie in den anderen Ländern des Nahen Ostens hat unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido auch wieder in diesem Jahr **mehr als 130 TV-, Radio- sowie Zeitungsinterviews** gegeben. Ihn erreichten Anfragen von der Jerusalem Post über Radio SBS in Australien bis zum Radiosender Voice of America.

Kamal Sido

Afrika

Mauretanien

Der **Kampf gegen Sklaverei** in Mauretanien und **die Unterstützung unserer mauretanischen Partnerorganisation IRA-Mauretanien** (Initiative zur Abschaffung der Sklaverei) bildete einen der Schwerpunkte der Arbeit des Afrikareferates. Gemeinsam mit den Menschenrechtsorganisationen Minority Rights Group (London), Antislavery International (London) und UNPO (Brüssel) gaben wir einen **41-seitigen Report** in englischer Sprache heraus, in dem wir das anhaltende Versagen der mauretanischen Justiz bei der Bestrafung von Sklavenhaltern kritisierten. Nach der vorzeitigen Freilassung des mauretanischen Menschenrechtlers Djiby Sow aus gesundheitlichen Gründen waren wir mit ihm im Auswärtigen Amt, um über die Lage von Anti-Sklaverei-Aktivisten zu informieren. Gemeinsam mit unserem Mauretanien-Koordinator Abidine Merzough trafen wir den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Christoph Strässer und Mitglieder des **Menschenrechtsausschusses des Bundestages** und berichteten ihnen vom friedlichen Engagement der IRA. Biram Dah Abeid und Brahim Ramdhane, der Präsident und der Vizepräsident der IRA-Mauretanien, waren im Jahr 2014 gemeinsam mit Djiby Sow zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Das Urteil gegen die Menschenrechtler wurde 2015 in einem Berufungsverfahren leider bestätigt. International werden die IRA-Mauretanien und ihr unbeugsamer Einsatz für die Freilassung von Sklaven immer bekannter: Das niederländische Außenministerium zeichnete sie mit ihrem **Menschenrechtspreis 2015** aus. Außenminister Bert Koenders überreichte am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2015, Abidine Merzough in einer Feierstunde in Den Haag den Preis. Rund 200 Organisationen waren für die Würdigung vorgeschlagen worden. Viele GfbV-Mitglieder hatten mit ihrer Stimme bei einer Internet-Abstimmung dafür gesorgt, dass die IRA in die Endauswahl kam. Es ist nach dem Weimarer Menschenrechtspreis (2011), dem irischen Frontline Defenders Preis (2013) und dem Menschenrechtspreis der Vereinten Nationen (2013) bereits die **vierte internationale Auszeichnung** für die IRA und Biram Dah Abeid, die auf GfbV-Initiative zurückgeht. (Die Bemühungen der GfbV – darunter immer wieder auch die Veröffentlichung von Presseerklärungen sowie viele Statements im deutsch- und französischsprachigen Rundfunk, die den Druck auf die mauretanische Regierung erhöhten - und zahlreicher anderer Organisationen sowie mehrerer ausländischer Staaten für die Freilassung des Präsidenten und Vizepräsidenten der IRA-Mauretanien wurden im Mai 2016 belohnt: Nach 18 Monaten Haft kamen beide endlich frei.)

Flüchtlinge aus Nordafrika und Eritrea

Beim Zukunftstag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Hamburg im September wirkten wir auf Einladung der Hamburger GbV-Regionalgruppe mit und führten dabei **Gespräche mit BMZ-Minister Müller und Hamburgs Bürgermeister Scholz** über die Flüchtlingssituation in den nordafrikanischen Staaten. Die Regionalgruppe hatte für den GfbV-Stand ein Spiel mit fünf Herkunftsländern von Flüchtlingen vorbereitet. Viele Menschen kamen zu uns, denn das Spiel kam gut an. Wir hielten dann noch **Vorträge über die Hintergründe von Flucht und Vertreibung** in Eritrea und dem Sudan und informierten in weiteren Veranstaltungen, u.a. in Trier vor **Flüchtlingsberatern der Diakonie**, über die Hintergründe der Flucht von Eritreern aus ihrer Heimat und die Lage eritreischer Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa. Einen **Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration** klärten wir

im persönlichen Gespräch über die weiterhin verheerende Menschenrechtsslage im Land auf. Hintergrund waren die Bemühungen einiger europäischer Staaten, die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Land kleinzureden und die Flüchtlinge wieder nach Eritrea zu schicken. Wir machten ihm klar, dass Deutschland diesem Trend nicht folgen dürfe und Flüchtlinge aus Eritrea anerkennen müsse. Eritreer würden vor allem wegen des zeitlich unbegrenzten Militärdienstes und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen (keine Meinungsfreiheit, Folter, überhaupt keine Presse-, Religionsfreiheit) fliehen.

Sudan/Darfur/Nubaberge/Südsudan

In mehreren Briefen an deutsche und europäische Politiker und **Interviews** kritisierten wir den Ausbau der Kooperation mit der EU zur Abschreckung von Flüchtlingen aus Eritrea sowie die anhaltenden Menschenrechtsverbrechen des **Sudan** und wiesen dabei auf die anhaltenden Konflikte in Darfur und den Nuba-Bergen hin. Die Konflikte im Sudan und Südsudan waren auch 2015 Anlass für heftige Debatten beim von der GfbV alljährlich **mitorganisierten Sudan/Südsudan-Forum** in Hermannsburg. Über die grassierende Gewalt gegen Frauen in Darfur, den Terror von regierungsnahen Milizen und die anhaltenden Bombardements von Zivilisten in Süd-Kordofan (Nuba-Berge) **sprachen wir mit dem Afrika-Beauftragten im Auswärtigen Amt und der Leitung des Ostafrika-Referates** und mahnten mehr Hilfe für die Frauen an. Auf einer sehr gut besuchten **Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung** über Gewalt gegen Frauen kritisierten wir das mangelnde Engagement Deutschlands für Frauen im Sudan und Südsudan.

Um mit Bundestagsabgeordneten über Möglichkeiten zu sprechen, wie Deutschland zur Beendigung der anhaltenden blutigen Auseinandersetzungen im Südsudan beitragen oder zumindest das Leid der Opfer lindern kann, organisierten wir gemeinsam mit anderen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen ein **parlamentarisches Frühstück** in Berlin. Dabei ging es um die Betreuung von Frauen, die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkrieg zwischen Anhängern des südsudanesischen Staatspräsidenten Salva Kiir und seines ehemaligen Stellvertreters Riek Machar wurden, die Bestrafung von begangenen Kriegsverbrechen und den Zugang zur Region durch humanitäre Organisationen. Einige Monate später trafen wir den **Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Strässer und die UN-Sonderberichterstatterin zur Lage von Frauen** in bewaffneten Konflikten. Wir sprachen mit ihnen vor allem die Bedrohung von Frauen im Sudan durch Regierungsmilizen und beide Konfliktparteien im Südsudan an. Die Lage von Frauen in Kriegen war auch Gegenstand etlicher **Interviews und Pressemitteilungen**.

Westsahara

Wie in den Jahren davor wiesen wir auch 2015 in **Interviews, Artikeln und Briefen** auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in der **Westsahara** durch den marokkanischen Staat hin. Das Königreich hält die Region seit 1975 völkerrechtswidrig besetzt und ignoriert die UN-Resolutionen über die Abhaltung eines Referendums über die Unabhängigkeit der Westsahara seit 25 Jahren. Mehrfach erhielten wir Anfragen zur Lage von Flüchtlingen aus Nordafrika und konnten mit Informationen weiterhelfen. Dem **Fernsehsender „Phoenix“** gaben wir ein Interview für einen Beitrag über die aktuelle Lage in der Westsahara und die Situation sahrauischer Flüchtlinge, die in Algerien seit langem in Flüchtlingslagern leben.

Nigeria/Kamerun/Mali

Der mangelnde Schutz für die Zivilbevölkerung im Norden **Nigerias/Kameruns** war Thema von **Gesprächen mit dem Afrika-Beauftragten der Bundesregierung und Vertretern des Bundeskanzleramtes**. Auch dort teilte man die große Sorge um die Zivilbevölkerung und hat wenig Vertrauen in Nigerias Armee im Kampf gegen die Terrormiliz **Boko Haram**. Die Regierung kam unserer **Forderung nach einer stärkeren Unterstützung für Nigerias Nachbarländer** nach und beschloss wenige Tage darauf großzügige Hilfen für sie, um die von Boko Haram verursachte Flüchtlingskatastrophe zu bewältigen. Die Forderungen nach einem stärkeren deutschen und europäischen Engagement hatte wir auch in zahlreichen Interviews und Briefen vertreten. Über die Hintergründe für den Aufstieg Boko Harams und die Lage der Zivilbevölkerung hielten wir mehrere **Vorträge**, unter anderem bei der Akademie des Verfassungsschutzes. Dort berichteten wir auch über die Menschenrechtssituation im Norden **Malis** und den anhaltenden Konflikt zwischen den Tuareg und der malischen Regierung. Mit einem Vortrag in Aachen informierten wir über die Folgen deutscher **Waffenexporte** für ethnische und religiöse Minderheiten.

Schutzverantwortung für Zivilisten in Kriegen

Immer stärker beschäftigen das Afrika-Referat die internationalen Diskussionen um den stärkeren Schutz von Zivilisten in Kriegen. Gemeinsam mit den Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Genocide Alert führten wir in Berlin **Gespräche mit Mitarbeitern des außenpolitischen Beraters der Bundeskanzlerin, Christoph Heusgen**, über die Umsetzung des Völkerrechtsprinzips der Schutzverantwortung (RtoP – Responsibility to Protect) durch die deutsche Politik. Bereits 2013 hatten wir mit Human Rights Watch und Genocide Alert dafür geworben, dass Deutschland sich stärker für eine Umsetzung des Schutzverantwortungs-Prinzips engagiert und die Einsetzung eines Ansprechpartners im Auswärtigen Amt gefordert. Im Koalitionsvertrag nach der Bundestagswahl im September 2013 tauchte daraufhin zum ersten Mal der Begriff der Schutzverantwortung in der offiziellen Politik auf. Im Auswärtigen Amt empfing uns zum selben Thema der Bereichsleiter zum Thema Schutzverantwortung.

Über Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) und die Notwendigkeit, sie ernster zu nehmen, **sprachen wir auch mit dem CDU-Europapolitiker Elmar Brok**, einem der wichtigsten Europaabgeordneten im Bereich der Außenpolitik. Wir tauschten uns darüber aus, wie man das Thema Schutzverantwortung stärker als bisher zu einem festen Bestandteil der EU-Außenpolitik machen kann. Ein gemeinsam mit der Organisation „Budapest Centre for the International Prevention of Genocide and Mass Atrocities“ von uns erarbeitetes **Konzeptpapier** übersandten wir unter anderem an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Außerdem trafen wir uns mit US-Politikern, anderen Menschenrechtsorganisation und Beamten, die Ideen für einen von ihnen vorbereiteten Report für Transatlantische Empfehlungen einer besseren Umsetzung der Schutzverantwortung 70 Jahre nach Auschwitz sammeln wollten. Unter ihnen waren auch **Vertreter des Holocaust Memorial Museums** in Washington, einer der führenden Institutionen zum Thema Schutzverantwortung.

Ulrich Delius und Hanno Schedler

Asien

China/Tibet/Ostturkestan/Innere Mongolei

Auch 2015 engagierte sich unser Asienreferat vor allem gegen die Unterdrückung und Verfolgung der Uiguren, Tibeter, Mongolen, Anwälte und Journalisten in China. Als rund 500 Uiguren, die vor der chinesischen Repression aus ihrer Heimat Xinjiang/Ostturkestan nach Thailand geflohen waren, die Abschiebung drohte, baten wir Vertreter der Botschaft Thailands in Berlin um ein Gespräch, um den Flüchtlingen dieses Schicksal zu ersparen. Bei dem **Treffen mit den zwei Ersten Sekretären und der stellvertretenden thailändischen Botschafterin** machten wir deutlich, welche Folgen eine Massenabschiebung für Thailands Ansehen in der Welt hätte. Vor der Eröffnung der Computermesse CEBIT in Hannover dokumentierten wir im März in einem **77-seitigen Menschenrechtsreport**, wie drastisch die Diktatoren der Kommunistischen Partei Chinas die Internetfreiheit im eigenen Land verletzen: Unter anderem wurden der stetig ausgebaute Zensurapparat, die zunehmenden Einschränkungen des Zugangs und des Austausches im Internet und in den sozialen Medien dokumentiert. 77 inhaftierte Blogger, Online-Journalisten und Internet-Autoren wurden in Einzelschicksalen dargestellt. Unter ihnen ist auch der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti, der sich seit Jahren für einen Austausch zwischen Uiguren und Han-Chinesen eingesetzt hatte und deshalb zu einer lebenslangen Haft verurteilt worden war. Vor Ort **demonstrierten wir in Hannover** mit ausgehöhlten Computer-Bildschirmen und Transparenten gegen Chinas Internetzensur. Bei einem **Fachgespräch der CDU-Fraktion** zur China-Politik machten wir die sich stetig verschlechternde Menschenrechtslage zum Thema. Gemeinsam mit unseren uigurischen Freunden trafen wir den **Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Bundestages**, Michael Brand, und baten ihn, sich für die Uiguren einzusetzen. Den **Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung**, Christoph Strässer, informierten wir im Vorfeld seiner China-Reise gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen in einem Gespräch über die Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten im Land.

Um auf die Zerstörung von 1.200 in China offiziell anerkannten Kirchen in der chinesischen Küstenprovinz Zhejiang aufmerksam zu machen, **errichteten wir vor der chinesischen Botschaft in Berlin ein drei Meter hohes Kreuz** sowie viele kleine rote Kreuze und protestierten gegen die Verletzung der Glaubensfreiheit. Bei einer **Konferenz zur Zukunft der Deutschen Welle (DW)** kritisierten wir die einseitige Berichterstattung zum Thema China und die geplante Kooperation mit dem Chinesischen Staatsfernsehen (CCTV), das erzwungene Geständnisse von Uiguren und Regimegegnern verbreitet. Die Kooperation wurde inzwischen vom umstrittenen DW-Intendanten Peter Limbourg auf Eis gelegt. Unsere Kritik an der Vergabe der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking war unter anderem in der „Tagesschau“ und „Sportschau“ zu sehen. In zahlreichen **Presseerklärungen und Interviews** brachten wir all diese Themen immer wieder in die Öffentlichkeit. Den Ausbau der Bergbauindustrie in der Inneren Mongolei und die damit verbundene Zwangsansiedlung mongolischer Nomaden und die Zerstörung ihres Lebensraums thematisierten wir in einem **25-seitigen Memorandum**.

Burma

Die weiterhin prekäre Lage der muslimischen Rohingya in Burma war ebenfalls Schwerpunkt unseres Engagements. Neben mehreren **Presseerklärungen und Interviews** war das **Zusammenbringen von Betroffenen und Politikern** ein wichtiger Bestandteil der Rohingya-Arbeit. Gemeinsam mit dem Rohingya Nay San Lwin trafen wir den **Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung**, Christoph Strässer und den Länderreferenten im Auswärtigen Amt. Strässer sagte Unterstützung zu und versprach uns, das Thema international weiter hochzuhalten. Kurz darauf fuhren wir mit dem Rohingya Dr. Koubuib zu **Gesprächen mit Mitarbeitern des UN-Hochkommissariats** und dem **Botschafter der Organisation für Islamische Kooperation (OIC)** zu den Vereinten Nationen in Genf. Die OIC versprach, ihre Lobby-Arbeit für die Rohingya bei den Vereinten Nationen zu verstärken. Im Vorfeld der UN-Vollversammlung **schrieben wir an alle Botschaften bei den UN in New York**, um sie über Gesetzesverschärfungen gegenüber Rohingya zu informieren und sie zu einer Verurteilung Burmas aufzufordern. Gemeinsam mit den Rohingya Mohamed Ibrahim und Ambia Perveen trafen wir die **Abteilungsleiterin Südostasien im Bundeswirtschaftsministerium** zum Thema Wiederaufbau der Heimat der Rohingya im Bundesstaat Rakhine nach der jüngsten Flutkatastrophe. Mit dem deutschen Burma-Netzwerk, in dem alle großen deutschen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten, verfassten wir ein **Faktenpapier** zur Lage der ethnischen Minderheiten in Burma und verbreiteten es in Ministerien, im Deutschen Bundestag und Entwicklungsorganisationen.

In mehreren **Presseerklärungen und Interviews** informierten wir über neue Gesetze, die die Rechte von Christen und Muslimen einschränken sowie über die Lage von Rohingya-Flüchtlingen in Thailand. Dort waren Mitte des Jahres mehrere Todeslager entdeckt worden, in denen hunderte Rohingya ums Leben kamen. Die Behörden von Thailand gingen nach einer Weile des Zögerns auf unsere und die Hinweise anderer Menschenrechtsorganisationen ein und lösten die Lager auf. Zudem kritisierten wir die Marine Thailands dafür, gegen Journalisten Strafverfahren einzuleiten, die die Abweisung von Rohingya Flüchtlingen öffentlich kritisiert hatten.

Indien

Die seit Amtsantritt von Premierminister Modi zunehmende Gewalt gegen Christen, Muslime, Ahmadiyya-Muslime und Sikhs in Indien dokumentierten wir vor Beginn der Indien-Reise von Bundeskanzlerin Merkel in einem umfangreichen **Menschenrechtsreport**. Darin legten wir dar, dass religiöse Minderheiten in Indien Opfer gezielter Übergriffe Hindu-nationalistischer Organisationen werden, die eng mit der Partei Modhis vernetzt sind. Nach den deutsch-indischen Regierungskonsultationen zogen wir in einer **Pressemitteilung** Bilanz. Wir kritisierten, dass die Themen Menschenrechte und Minderheitenschutz zu wenig zur Sprache gekommen seien. Bei der Hannover Messe, bei der Indien offizielles Gastland war, **demonstrierten wir** anlässlich des Besuches von Modi für Glaubensfreiheit und einen besseren Schutz religiöser Minderheiten. Zum Welttag der Suizidprävention wiesen wir auf eine anhaltende Selbstmordwelle unter Indiens verarmten Bauern hin, unter denen sich viele Adivasi-Ureinwohner und Dalits befanden.

Indonesien

Wir initiierten eine **Online-Kampagne**, mit der wir den indonesischen Staatspräsident Joko Widodo aufforderten, die Massenverhaftungen von Papua-Ureinwohnern zu stoppen.

Japan

Anlässlich des offiziellen Kriegsendes in Ostasien am 15. August forderten wir Japans Ministerpräsident Abe in einem **Appell** dazu auf, die 200.000 Zwangsprostituierten aus Korea, China und anderen Ländern finanziell zu entschädigen und sich offiziell zu entschuldigen.

Pakistan

Die Blasphemie-Gesetze in Pakistan, mit Hilfe derer immer wieder Angehörige von religiösen Minderheiten zu langen Haftstrafen verurteilt werden, und die Verfolgung von und Mordanschläge auf Christen, Ahmadiyya-Muslimen, schiitische Hazara und Ismailiten thematisierten wir in mehreren **Pressemitteilungen**.

Vietnam

Die fehlende Religionsfreiheit für Buddhisten, Christen und andere Glaubensgemeinschaften in Vietnam kritisierten wir in mehreren **Presseerklärungen und Interviews**. Anlässlich der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Vietnam wiesen wir nach, dass Menschenrechte in dem Vertragswerk nicht ausreichend berücksichtigt werden, und informierten darüber die Presse sowie die Öffentlichkeit über die sozialen Medien und unsere Internetseite. Vor dem Besuch von Staatspräsident Sang forderten wir die Bundesregierung ein einem Schreiben auf, bei ihren Gesprächen auch auf das Thema Glaubensfreiheit einzugehen.

Ulrich Delius und Hanno Schedler

Europa

Russische Föderation/Nordkaukasus

Im Februar 2015 wurde der bekannte Oppositionspolitiker Boris Nemzow in Moskau auf offener Straße ermordet. Fast sofort wurden Täter und Hintermänner in Tschetschenien vermutet. Das weckte das Interesse von Journalisten an Tschetschenien. In vielen **Gesprächen mit Journalisten, Bundestagsabgeordneten und Interessenten** konnten wir über die Menschenrechtssituation im Nordkaukasus informieren. Auch vermittelten wir Journalisten Interviewpartner vor Ort und setzten unsere intensive Arbeit im Flüchtlingsbereich fort. Wir **schrieben über ein Dutzend individuelle Stellungnahmen für Gerichte, Rechtsanwälte und Flüchtlingshelfer** und **unterstützten Flüchtlinge** aus der Region in vielen Fällen über einen langen Zeitraum in allen rechtlichen und auch sozialen Fragen. Immer wieder machten wir auch auf das Schicksal von politischen Gefangenen im Nordkaukasus aufmerksam und versuchten durch **Petitionen und Briefe an Staatsanwälte und Politiker** im Nordkaukasus direkt Einfluss auf die Situation zu nehmen.

Wir **dokumentierten** die zunehmende Verfolgung von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Oppositionspolitikern in Russland, wo nach der Annexion der Krim weitere Gesetze verabschiedet wurden, die dazu eingesetzt werden, den Nichtregierungsorganisationen praktisch jeglichen Raum zu nehmen. Über diese Verschärfungen **berichteten wir Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes genauso wie Bundestagsabgeordneten** in mehreren Gesprächen. Für unseren **Blog** dokumentieren wir das auch am Beispiel der Kooperation zwischen indigenen und Organisationen aus dem Umweltbereich, deren oftmals jahrelange Zusammenarbeit mit westeuropäischen Organisationen beendet wurde. Ein besonderes Augenmerk richteten wir auch anlässlich des „internationalen Tages der indigenen Völker“ am 9. August auf das Schicksal der **indigenen Umweltaktivisten** in Russland. Da sie oftmals gerade dort leben, wo Ressourcen wie Öl, Gas oder Steinkohle ohne Rücksicht auf Mensch und Natur gefördert werden, werden sie ganz besonders bedrängt, wenn sie es wagen, für ihre Rechte einzutreten.

2015 hatten wir Dima Berezhkov zu Gast. Er ist ein Repräsentant der Itelmenen von Kamtschatka, lebt als anerkannter Flüchtling in Norwegen und setzt sich von dort aus für die Rechte aller indigenen Völker in der Russischen Föderation ein. Für ihn hatten wir **Gespräche in Berlin** organisiert. So zum Beispiel mit dem Deutsch-russisches Umweltbüro, das angegliedert ist an den Deutsch-Russischen Austausch. Die Organisation hat eine umfassende Zusammenarbeit zugesagt, zum Beispiel wird sie junge Vertreter indigener Völker zu ihren Seminaren und Konferenzen in Russland und Deutschland einladen und **regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen und Publikationen** mit der GfbV bzw. Herrn Berezhkov organisieren. Auch brachten wir Berezhkov in Kontakt mit den wichtigsten Ansprechpartnern bei Greenpeace, mit Journalisten und einem Anwalt, der sich für Fälle in Russland einsetzt.

Ukraine

„Wir danken der Gesellschaft für bedrohte Völker für ihre lange Unterstützung“, sagte uns der frühere Vorsitzende des Medschlis der Krimtataren, Mustafa Dschemilew bei einem **persönlichen Treffen in Kiew** im Herbst 2015. Wir mussten uns dort treffen, da die pro-russische Führung der Krim gegen Dschemilew und weitere wichtige Repräsentanten der Krimtataren Einreiseverbote ausgesprochen hatte. Die persönliche Begegnung auch mit den Vertretern anderer Minderheiten in der Ukraine, mit Journalisten und Kulturschaffenden führte zu vielen intensiven Kontakten, die bis heute bestehen. Von mutigen Journalistinnen, die trotz massiver Verfolgung der freien und unabhängigen Presse auf der Krim dort ihre Informanten haben und selbst hinreisen, erhalten wir fast täglich aktuelle **verlässliche Informationen, die wir übersetzen und auf unserem Blog**

veröffentlichen. Wir besuchten in Kiew auch das neue Büro des einzigen krimtatarischen Fernsehsenders ATR. Für seinen Erhalt hatten wir uns in **Internetkampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Appellen** an die zuständigen Behörden wir auch an die OSZE und weitere internationale Organisation stark gemacht. Doch der internationale Druck auch von vielen anderen Organisationen half nicht. Am 1. April 2015 wurde ATR auf der Krim abgeschaltet. Die Kontakte zu den führenden Journalisten, die nun in Kiew versuchen, den Sender aufzubauen, bestehen seit dem Besuch weiter.

Auch entstand im Rahmen der Reise die Idee, eine Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker in der Ukraine als Menschenrechtsorganisation für alle Minderheiten dieser multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft aufzubauen. Diese Idee verfolgten wir in den Kontakten in der Ukraine und versuchten schon ein **Netzwerk aufzubauen**. 2015 veröffentlichten wir **Reporte** zur Lage der Minderheiten, besonders der Krimtataren und Ukraine auf der Krim, informierten in zahlreichen **Presseerklärungen, Radiointerviews und Fernsehsendungen** über die Situation auf der Halbinsel Krim. Wir vermittelten Journalisten Interviewpartner und Kontakte vor Ort.

Seit 2014 hatten wir ein **Projekt einer Gruppe Studierender begleitet und unterstützt**, in dessen Rahmen diese Gruppe nach Cherson in der Ukraine, wo viele Krimtataren leben, gereist ist, dort Interviews und Fotos gemacht hat. Dieses Projekt sowie viele andere **Aktivitäten von und mit Krimtataren** konnten wir auch im Mai 2015 zum Jahrestag der Deportation der Krimtataren vorstellen. Anlässlich dieses Tages organisierten wir maßgeblich unter der ehrenamtlichen Führung unseres Koordinators Dr. Mieste Hotopp-Riecke eine **Woche krimtatarischer Kultur in Berlin**. Dabei fanden neben **Film- und Musikvorführungen auch Seminare und eine Diskussion** statt. Die gut besuchten Veranstaltungen sollten auch dem deutschen Publikum jenseits der traurigen Meldungen von der Krim einen Eindruck verschaffen, wie reich und vielfältig die krimtatarische Kultur ist. Weitere Veranstaltungen organisierten wir gemeinsam mit dem „Info-Point Krim Berlin“, dem ukrainischen Filmclub und auch der Botschaft der Ukraine in Deutschland in Berlin. Mit Roma in der Ukraine standen wir in intensivem Austausch und haben gemeinsame **Stellungnahmen auch für die Vereinten Nationen** vorbereitet sowie **Projektanträge** gestellt.

Auch 2015 setzten wir unseren **Einsatz für viele individuelle politische Gefangene** wie besonders Nadja Sawtschenko, Oleg Sentsov, Achtem Chijgoz und viele andere fort. Wir informierten über ihr Schicksal, forderten Politiker zum Handeln auf, schrieben an die Gefängnisleitungen, an die zuständigen Staatsanwaltschaften und versuchten über regelmäßige Berichterstattung besonders auch auf unserem Blog das Interesse an dem Schicksal dieser Menschen wach zu halten.

2015 war in der Ukraine selbst weiter geprägt vom Krieg im Osten des Landes. Trotz des Vertrages von Minsk dauerten die Kämpfe an. Darunter litt besonders die Zivilbevölkerung. Obgleich es viel internationale **humanitäre Hilfe** für die Menschen in den umstrittenen Gebieten gibt, erreicht diese nicht alle Notleidenden. Darauf machte uns eindringlich auch Ksenia Ponomareva aufmerksam, die Leiterin der humanitären Organisation „Res Publica“, die **alte und kranke, bettlägerige Menschen in den Gebieten direkt an der Front** versorgt. Über die Situation dieser Personen haben wir sowohl in ausführlichen Berichten informiert, als auch für sie über unseren Verein Förderverein für bedrohte Völker Spenden gesammelt, die wir dann 2015 und 2016 übergeben konnten.

Sarah Reinke

Bosnien und Herzegowina

Der Staat Bosnien und Herzegowina erforderte auch im Jahr 2015 unser volles Engagement. Mit seiner komplizierten Struktur - zwei Entitäten, 183 Ministerien, 14 Regierungen und Parlamente, zehn Kantone, drei Schul-, Renten- und Krankenversicherungssysteme – zeigt sich dieses Land als absolut funktionsunfähig. Die Dayton-Verfassung hat eine auf ethnisch-

rassistischen Prinzipien basierende Apartheid geschaffen, die für den größten Teil der Bevölkerung unerträglich ist. Dazu kommen Vetternwirtschaft und Korruption und 21 Jahre nach Kriegsende weiter zunehmende Verarmung.

Die Vertreterinnen der „Frauensektion beim Verband der ehemaligen Lagerhäftlinge, Kanton Sarajevo“, Enisa Salčinović und Alisa Muratačauš, trugen wesentlich zum Erfolg des von uns gemeinsam mit unserer Armenien-Expertin Dr. Tessa Hofmann mitgestalteten **Workshops „Geschlecht, Gewalt, Genozid“** bei. Er fand am 3. April 2015 anlässlich des 100. Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern statt. Dabei wurden erschütternde Parallelen mit Verbrechen an Frauen in anderen Völkermorden gezogen: Vergewaltigungen wurden planmäßig eingesetzt, um die Familien der Frauen zu zerstören, sie zu demütigen und Vertreibungen zu beschleunigen. Die Bosnierinnen berichteten auch über die erfolgreiche Kampagne des bosnischen Frauenverband, der GfbV und anderer NGOs für die Anerkennung vergewaltigter Frauen als zivile Kriegsoffer. Sie erhalten jetzt eine Rente.

Die GfbV unterstützte Ende März 2015 einen Redakteur der schweizerischen „Tages-Anzeiger“ bei der Erstellung eines **Dossiers gegen den Genozidleugner Alexander Dorin**. Der Buchautor leugnet den Völkermord an den bosnischen Jungen und Männern in Srebrenica im Juli 1995. Durch das Beweismaterial der GfbV konnte ein möglicher Rechtsstreit in der Schweiz zwischen dieser renommierten Zeitung und Herrn Dorin verhindert werden.

Anlässlich ihres Besuches in Sarajevo am 9.7.2015 baten wir Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem dringenden Schreiben, sich mit ganzer Kraft für die Wiedervereinigung und den EU-Beitritt Bosnien-Herzegowinas einzusetzen. Srebrenica müsse nach dem Vorbild des Distriktes Brčko einen Sonderstatus erhalten und der Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina unterstellt werden. Außerdem müssen das Schicksal der seit dem Bosnienkrieg noch immer vermissten 7.886 Bosniaken aufgeklärt werden. Außerdem **initiierten wir ein Treffen der Bundeskanzlerin mit Vertreterinnen der Mütter- und Frauenorganisationen Srebrenicas**. Mit dabei war auch die GfbV-Koordinatorin für Srebrenica, Hatidža Mehmedović. Sie betonte im Gespräch mit Frau Merkel, wie wichtig Erinnerung und Aufarbeitung der Verbrechen 20 Jahre nach dem Völkermord von Srebrenica seien, und unterstrich die große Bedeutung eines Versöhnungsprozesses. Die Bundesregierung will ihre Wirtschaftsförderung für Bosnien fortsetzen. Sie wird dringend benötigt. Das Veto Russlands gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrates zum Massenmord an den 8.372 Einwohnern von Srebrenica ebenfalls am 9. Juli kommentierten wir mit einer scharfen **Pressemitteilung**. Anlässlich des 20. Jahrestags des Friedensabkommens von Dayton (21.11.2015) forderten wir in einer Presseerklärung einen Marshall-Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den demokratischen Neubeginn in Bosnien.

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres 2015 schrieb die GfbV an alle Regierungen der EU- und OSZE-Staaten. Sie sollten durchsetzen, dass in ganz Bosnien und Herzegowina ausgewogene gemeinsame Lehrpläne erarbeitet und die Schulkinder aller Volksgruppen in allgemeinen Fächern gemeinsam unterrichtet werden.

Roma aus dem Westbalkan

Unser besonderer Einsatz galt den Roma aus den Westbalkanstaaten Serbien, Kosovo, Mazedonien. Denn während etwa einer Million neue Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika in Deutschland aufgenommen wurden, begannen Bundesregierung und Ministerien der Bundesländer, Zehntausende langjährig geduldete Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Land zu jagen. Unter diesen Flüchtlingen sind mehr als 4.000 Angehörige der Roma-Minderheit aus dem Kosovo, ganz überwiegend Kinder und Jugendliche. Viele von ihnen warteten mehr als zehn Jahre auf ihre Anerkennung. Das neue Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und die Erklärung der Westbalkanländer Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien und des Kosovo zu vermeintlich sicheren Herkunftsländern verschärfte die Praxis der massenhaften Ausweisung. Wir **dokumentierten kontinuierlich die Lage dieser Minderheit auf dem Westbalkan.**

Außerdem wurde eine **Dokumentation zur Lage der Roma-Kinder und –Jugendlichen, für die Deutschland die Heimat ist**, erstellt. Jasna Causevic, die Südosteuropa-Referentin, führte als Mitglied einer Delegation des Forum Menschenrechte ein Gespräch mit dem **Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks**. Unsere **mehrfachen Appelle an die deutsche Bundesregierung, an die Innenminister und –senatoren der Bundesländer, politische Parteien in Deutschland, aber auch an das Europaparlament und die Europäische Kommission**, insbesondere das Kosovo nicht zum „sicheren Herkunftsstaat“ zu erklären, hatten keinen Erfolg.

Für ein Bleiberecht und gegen drohende Abschiebung langjährig geduldeter Roma organisierte die GfbV **Demonstrationen, Mahnwachen und Pressekonferenzen**, u. a. in Hannover und Göttingen. Dabei arbeiteten wir oft mit anderen NGOs und Vereinen zusammen, **vernetzten uns** mit Roma-Organisationen und ihren Unterstützern wie mit dem *Bündnis für Bleiberecht* in Göttingen oder Vertretern der Roma-Jugend und Roma-Frauenorganisationen aus Niedersachsen. Außerdem suchten wir das **persönliche Gespräch mit Politikern aus den Westbalkan-Staaten**: So empfingen wir eine Delegation der Kosovo-Ägypter, unter ihnen der Kosovo-Parlamentarier, Veton Berisha. Mit dem Minister der mazedonischen Regierung, Neždet Mustafa, sprachen wir im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

Am 5. November 2015 nahm die GfbV an der **Fachveranstaltung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma** "Kein Ort zum Leben - Roma in und aus dem Kosovo - Zur Lage nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz" in Berlin teil. An der Diskussion mit Gästen aus dem Kosovo – darunter ein Roma-Parlamentarier - nahmen Bundestagsabgeordnete, Experten, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, Sinti und Roma, Medien und Repräsentanten der Kosovo-Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter teil. Stephan Müller, der Vertreter der GfbV-Schweiz, stellte dort den neuen mehr als **60 Seiten starken Menschenrechtsbericht** der GfbV International vor, in dem das Schicksal von Roma-Rückkehrern im Kosovo über einen längeren Zeitraum dokumentiert wird. Dafür hatten die GfbV-Repräsentanten im Kosovo und in Serbien zahlreiche Familie befragt und über einen längeren Zeitraum begleitet. Sehr viele Rückkehrer sahen sich gezwungen, den Kosovo wieder zu verlassen.

Mit unseren **zahlreichen Appellen und vielen dringenden Schreiben**, den in Deutschland geborenen und hier aufgewachsenen Flüchtlingskindern und ihren Familien dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren, die der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Lehrer, Pastoren, Sozialarbeiter und viele Freundinnen und Freunde unserer Menschenrechtsorganisation unterstützten, rannten wir gegen Wände: Einigen von ihnen konnten wir jedoch helfen, dass sie hier bleiben dürfen. Mit **Erfolg** gekrönt wurde unser harter Kampf in einem besonderen Fall: Ein in den Kosovo abgeschobener junger Roma konnte durch unser Engagement wieder nach Deutschland zu seiner Familie einreisen und eine Ausbildung beginnen. Er hat inzwischen Bleiberecht.

Unsere Südosteuropa-Referentin vertritt die GfbV bei der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen, bei der Konferenz der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen sowie im Plenum Forum Menschenrechte. Sie ist außerdem Mitglied der Arbeitsgruppe Innen(-politik) des Forum Menschenrechte und wird so bei den Gesprächen im Innenausschuss der deutschen Bundesregierung einbezogen.

Wolfskinder

Als von der Bundesregierung beschlossen wurde, sowjetischen Kriegsgefangenen als Anerkennung für Demütigung und Entbehrungen eine symbolische Summe zu zahlen, forderte die GfbV in einer Pressemitteilung am 22. Mai, dass auch den überlebenden unschuldigen Opfern der sowjetischen Besatzer von Königsberg geholfen werden müsse: Die ostpreußischen „Wolfskinder“ in Litauen müssten wie deutsche Staatsbürger von Deutschland eine Altersrente erhalten.

Verschiedenes

Für Rechtsanwälte, Gerichte und Betroffene erstellten wir **Fachgutachten**. Wir berieten Flüchtlinge und Asylbewerber aus vielen Regionen der Welt, organisieren Gespräche mit Entscheidungsträgern, verfassten **Härtefall-, Asylanträge sowie Asylfolgeanträge**. Als sich der Menschenrechtler und Gründer von Rom e.V., Kurt Holl, vor dem Amtsgericht Köln wegen Sachbeschädigung verantworten wollte, weil er im Vorfeld der Europawahl 2014 Wahlplakate der rechtsextremen Bewegung „Pro Köln“ abgehängt, zur Polizei gebracht und Anzeige wegen Volksverhetzung erstattet hatte, protestierten wir bei der Staatsanwaltschaft gegen seine Kriminalisierung. An die Hilfswerke in Deutschland und der Türkei richteten wir Anfang Februar unterstützt von dem angesehenen European Roma Center in Budapest den dringenden Appell, Angehörige der **Dom/Domari -Flüchtlinge** in der Türkei vor dem drohenden Hunger- und Kältetod zu retten.

Jasna Causevic

Menschenrechtsinitiativen der GfbV Bosnien und Herzegowina

Kennzeichnung des Tages der Republika Srpska scharf verurteilt

Mit einer **Pressemitteilung** und in **mehreren Interviews** verurteilte die GfbV-BiH scharf, dass die Regierung der Republika Srpska am 9. Januar auch 2015 den „Tag der Republika Srpska“ feiern ließ. An diesem Tag hatte die selbsternannte Versammlung des serbischen Volkes in BiH 1992 die Serbische Republik Bosnien und Herzegowina (heute Republika Srpska) ausgerufen und die Verbrechen an Nichtserben eingeleitet. Ebenfalls am 9. Januar wird in der Serbisch-Orthodoxen

Kirche der Heilige Stefan gefeiert, der zum offiziellen Heiligen der Entität Republika Srpska ernannt wurde. Wir haben vehement gegen die Kennzeichnung dieses Tages protestiert und von Regierungen der EU und der USA gefordert, diese Feiern zu verhindern. Für die überlebenden Opfer ist es sehr schmerzhaft zu sehen, wie der Beginn der Verbrechen an ihren Liebsten gefeiert wird.

Kennzeichnung des Internationalen Roma-Tages – Hilfsprojekt für Roma in Zavidovici

Anlässlich der internationalen Tages der Roma haben wir am 8. April die offiziellen Institutionen des Staates Bosnien und Herzegowina dazu aufgerufen, sich intensiver mit der Verbesserung der Situation der Roma in unserem Land zu befassen. Wir analysierten die Lage der Minderheit und wandten uns mit diesem **Bericht an die zuständigen Ämter** mit der Forderung, die von der EU für Roma zur Verfügung gestellten Gelder dafür einzusetzen, deren Wohnsituation, Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern. Bosnien und Herzegowina hatte bis Juni 2015 den Vorsitz in der Roma-Dekade.

In der Roma-Gemeinde in Zavidovici **sprachen wir mit Vertretern ihrer Vereine, Familien und Schulen**, die von Roma-Kindern besucht werden. Nachdem die schweizerische Zeitschrift „WeltWeit“ nach den Überschwemmungen 2014 über die verheerenden Auswirkungen der Katastrophe auf die Roma berichtet hatte, konnten wir mit Hilfe der Journalistin Heidi Rudolf Gelder für sie sammeln. 2015 finanzierten wir damit **Stipendien** für Kinder aus von der Überflutung besonders betroffenen Familien und beglichen Stromkosten, den die Roma damals zusätzlich benötigten.

Gedenkfeier an das Massaker auf dem Sportplatz in Srebrenica - 12. April 1993

Am 12. April 2015 organisierten wir auf dem Sportplatz vor der Grundschule in Srebrenica eine **Gedenkfeier für die Opfer des Massakers, das dort 1993 verübt wurde**. Damals wurden 74 Menschen getötet und etwa 100 schwer verletzt. Die Opfer waren vor allem Kinder und Jugendliche. Bis heute wurde niemand für dieses Verbrechen angeklagt oder verurteilt. Wir haben eine **Gedenktafel** anfertigen lassen, bekommen aber keine Erlaubnis, sie dort aufzustellen und müssen sie nach jedem Gedenken wieder mitnehmen.

Runder Tisch über Folgen des Genozids von Srebrenica in Mostar

In Zusammenarbeit mit der Organisation „Universum“ aus Rom bzw. Mostar organisierten wir am 1. Juni in Mostar einen **Runden Tisch über die Folgen des in Srebrenica begangenen Genozids**. Neben zahlreichen Teilnehmern aus Bosnien und Herzegowina nahmen an diesem Runden Tisch auch Vertreter von NGOs und Politiker aus Italien teil, unter ihnen auch der ehemalige Senator Aldo Di Biagio.

Sarajevo-Besuch von Angela Merkel und Treffen mit Hatidza Mehmedovic

Im Juli 2015 besuchte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel Sarajevo. Auf unsere Bitte hin traf sie sich mit unserer Koordinatorin für Srebrenica, Hatidza Mehmedovic. Dabei überreichte ihr Hatidza einen von uns vorbereiteten Brief, in dem wir sie aufforderten, sich für die überlebenden Opfer von Srebrenica einzusetzen und die Suche nach den Gebeinen der Genozid-Opfer zu unterstützen. Srebrenica müsse einen Sonderstatus nach dem Beispiel des Distriktes Brcko erhalten und brauche dringend wirtschaftliche Investitionen. Wenig später erhielt Hatidza Mehmedovic auch eine **Antwort aus dem Bundeskanzleramt**, in der beteuert wurde, dass die Bundeskanzlerin wie auch die Bundesrepublik sich auch weiterhin intensiv für die überlebenden Srebrenica-Opfer einsetzen werden.

Gedenkfeier 20 Jahre nach dem Genozid in Srebrenica

In Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Opfer von Srebrenica **bereiteten wir die Gedenkfeier zum 20. Jahrestag des Genozids in Srebrenica** vor. An diesem Tag wurden

weitere 136 identifizierte Opfer auf dem Friedhof in Potocari bei Srebrenica beerdigt. Tausende von Angehörigen der Opfer reisten an. Die letzte Ehre erwiesen den Opfern auch zahlreiche Prominente, unter ihnen der ehemalige US-Präsident Bill Clinton, die britische Prinzessin Mary wie auch Vertreter der jordanischen Königsfamilie. Wir nahmen an der **internationalen Kampagne** von Grossbritannien für die Verabschiedung einer UN-Resolution über den Genozid in Srebrenica teil und protestieren auf das Schärfste, als am Vorabend des Gedenktags Russland mit einem Veto die Verabschiedung dieser Resolution stoppte. Gegen die Verabschiedung hatte sich insbesondere die Regierung Serbiens eingesetzt.

Projekt „Jedes Foto ist eine ´nicht erzählte´ Geschichte“

Zusammen mit dem Radio Freies Europa setzen wir das Projekt „Jedes Foto ist eine nicht erzählte Geschichte“ um: Dafür wurden Familien und Angehörige der getöteten Srebrenica-Männer dazu aufgerufen, **Fotos der Opfer** einzureichen. Diese wurden dann im Internet veröffentlicht. Mit einem Klick auf ein Foto werden Name, Geburtstag und Alter des Opfers im Moment der Tötung dargestellt. Leider haben nur recht wenige Familien Fotos ihrer getöteten Angehörigen. Die meisten Bilder sind in Srebrenica geblieben oder wurden auf der Flucht verloren. Doch im Laufe des Jahres konnten etwa 2.400 Fotos der Srebrenica-Opfer gesammelt werden. Wir sind in diesem Projekt Berater und Unterstützer und vermitteln Kontakte zu den Familien der Srebrenica-Opfer.

Memorandum 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton

In Zusammenarbeit mit der GfbV Deutschland bereiteten wir anlässlich des 20.Jahrestages des Dayton-Friedensabkommens ein **Memorandum über notwendige Veränderungen der 1995 verabschiedeten, nur als vorübergehende Lösung betrachteten bosnischen Verfassung** vor. Sie ist diskriminierend, blockiert bis heute die Entwicklung des Landes und schreibt ein sehr teures politisches System vor. Wir forderten in dem Memorandum, diskriminierende Passagen, die einzelnen Entitäten, in die das Land zerfällt, abzuschaffen und stattdessen Regionen nach wirtschaftlich-geographischen Gesichtspunkten zu etablieren.

Gefordert wurde außerdem, dass die EU und NATO Bosnien und Herzegowina sofort und bedingungslos aufnehmen, denn es ist unwahrscheinlich, dass die von der EU verlangten Reformen jemals umgesetzt werden können, solange die Führung in der Republika Srpska diese Reformen blockiert, um damit den Staat zu schwächen.

Zuletzt haben wir auch die Etablierung eines gezielten **Marschallplans** gefordert, mit dem die Wirtschaft des Landes angekurbelt, den überlebenden Opfern des Krieges geholfen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten.

Das Memorandum wurde von unseren Vorstandsmitgliedern wie auch von 60 NGOs aus Bosnien und Herzegowina (insbesondere Vereine der überlebenden Opfer des Krieges) unterzeichnet. Unsere Hauptforderungen veröffentlichten wir in einer **Presseerklärung**.

Fadila Memisevic und Belma Zulcic

INDIGENE VÖLKER

Kolumbien

In **Kolumbien** leidet die indianische Bevölkerung massiv unter dem Kohletagebau. Ihr Land wird zerstört, Grundwasser und Flüsse werden verschmutzt, Kinder der Wayúu hungern. Immer mehr von ihnen sterben sogar. Gleichzeitig ist Kolumbien durch Kohleexporte einer der Hauptversorger deutscher Kohlekraftwerke. Wir setzten daher unsere 2014 mit der Veröffentlichung des Reportes „Kohleabbau in La Guajira, Kolumbien, die Verantwortung deutscher Energiekonzerne“ gestartete Kampagne fort. Zum Thema „Kohlebergbau und Rechte indigener Völker in Kolumbien“ nahm die GfbV-Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, im Sommer 2015 an einer prominent besetzten **Podiumsdiskussion** mit der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl von den Grünen aus Karlsruhe, mit dem Kohleeinkäufer des Energierunternehmens EnBW, Jochen Oesterlink, und Sebastian Rötters von der NGO PowerShift in Karlsruhe teil. Das zahlreich vertretene Publikum diskutierte noch lange und engagiert über die Mitverantwortung der deutschen Energiewirtschaft, hier vertreten durch Herrn Oesterlink, an der Tragödie der Wayúu. Im November 2015 nahm Frau Bangert außerdem an einer **Live-Sendung des Internet-Fernsehsenders warroom.tv** zum Thema Energiewende, Kohlebergbau in Kolumbien und indigene Rechte teil. Frank Farenski, Leiter und Moderator des Senders, führte mit ihr ein langes Video-Interview. So konnte mit dem Internet.TV eine für uns bislang noch wenig genutzte Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden, wie negativ deutsche Kohlekraftwerke das Leben der Wayúu beeinflussen. Denn auch sie sind auf sauberes Wasser und intakte Natur angewiesen.

Brasilien-Peru

Indigene Umweltschützer leben gefährlich, besonders im Grenzgebiet von Brasilien zu Peru. Mehrfach mussten wir 2014 und 2015 zum Schutz von Benki Piyäko, unserem Ashaninka-Partner aus Brasilien, intervenieren. Die Ermordung seines Bündnispartners Edwin Chota, Ashaninka aus Peru, im September 2014 brachte auch Benki erneut in Gefahr, denn beide haben die gleichen Gegner: illegal tätige Holzfäller, Drogenschmuggler und die Erdölindustrie. Erdöl und Erdgas bedroht zunehmend auch die Nachbarn der Ashaninka, die Puyanawa. Im Dezember 2014 kam Benki zusammen mit Puwe Puyanawa nach Deutschland. Wir organisierten für sie **Gespräche mit den Referatsleitern für Peru (Kriener) und für Brasilien (Rehli) im Auswärtigen Amt und dem Referatsleiter Südamerika (Garaycochea) im BMZ**. Außerdem gaben wir eine „**Mündliche Stellungnahme an den UN-Menschenrechtsrat**“ zur Ermordung von Edwin Chota ab.

Im Dezember 2015 organisierten wir die **Teilnahme einer indianischen Delegation aus Peru und Brasilien beim Welt-Klima-Gipfel COP 21 in Paris**. Jiribati Diquez Rios und Marishori Samaniego Pascual (Ashaninka-Anführer aus Peru) sowie Luiz Puwe Puyanawa (Puyanawa-Anführer aus Brasilien) wurden von der ehrenamtlich tätigen Brasilienexpertin der GfbV Eliane Fernandes Ferreira zu ihren Terminen in Paris begleitet. Denn es gehört zu den Kernaufgaben unserer internationalen Menschenrechtsorganisation, den Repräsentantinnen und Repräsentanten bedrohter und verfolgter Minderheiten und indigenen Völker Foren zu schaffen, auf denen sie ihre Stimme für die Rechte ihrer Völker selbst erheben können. So konnten unsere Gäste an der Pre-Konferenz: «Peuples autochtones et le climat» des

Klimagipfels ebenso teilnehmen wie an dem Runden Tisch „Resilience in times of uncertainty: Indigenous Peoples and Climate Change“ der UNESCO. Sie konnten sich mit zahlreichen indigenen Delegierten aus anderen Erdteilen vernetzen, aber auch prominente und international erfahrene Sprecher der indigenen Bewegung aus Brasilien kennenlernen, so zum Beispiel den Kayapó-Anführer Raoni. In seinen weit mehr als 80 Lebensjahren – sein Geburtsjahr wird auf 1930 geschätzt – wurde er zu einem weltweit geachteten Grand Seigneur der indigenen Landrechtsbewegung Amazoniens.

Im Bereich der sozialen Medien produzierten wir mehrere **(Video)-Interviews** mit Eliane Fernandes Ferreira und Yvonne Bangert zur Situation der Ashaninka. Anlass boten der Internationale Tag der indigenen Völker der Vereinten Nationen am 9. August 2015 und die erste bi-nationale Konferenz von Ashaninka-Gemeinschaften aus Peru und Brasilien am 21./22. September 2015, die von der GfbV unterstützt wurde. Der dort von den Ashaninka erarbeitete 16-Punkte-Plan mit Forderungen an die nationale und internationale Gemeinschaft wurde von Jiribati Diquez Rios und Marishori Samaniego Pascual beim Klimagipfel in Paris verbreitet.

Darüber hinaus veröffentlichten wir eine **Schwerpunktausgabe der Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“** zu Brasilien „Armes reiches Brasilien: Es brodelt im Land der Zuckerhuts“ (Nummer 283 - Ausgabe 04/2014). Die Referentin für indigene Völker nahm außerdem am **Runden Tisch Brasilien** teil, der alljährlichen Fachkonferenz des Netzwerks Kooperation Brasilien teil.

Kanada/Stolen Sisters

Zwischen 1980 und 2012 wurden in Kanada mindestens 1.200 Frauen der indianischen First Nations, der Inuit und Métis als vermisst gemeldet. Mindestens 1.000 von ihnen wurden später ermordet aufgefunden. Diese „stolen sisters“ wurden meist **Opfer sexueller Gewalt**. Amnesty International Canada hatte mit dem „Stolen Sister Report“ vor fast zwölf Jahren die "Sisters in Spirit"-Kampagne der Native Women's Association of Canada (NWAC) angestoßen und international bekannt gemacht. Auch die GfbV hat sich mit Appellen, Unterschriftenaktionen und Artikeln in unserer Zeitschrift aber auch im Internet an der Kampagne beteiligt. Trotzdem liefen alle Proteste lange Zeit ins Leere, denn die Regierung unter Premier Stephen Harper weigerte sich, eine staatliche Untersuchungskommission einzurichten und den Ursachen dieser Tragödie für so viele Frauen und Mädchen und ihre Hinterbliebenen auf den Grund zu gehen. Doch der lange Atem der vielen Menschenrechtlerinnen aus Kanada und aller Welt, zu dem auch die GfbV u.a. mit einem **Newsletter-Appell** im Januar 2015 beigetragen hat, zahlte sich letztlich aus. Wenige Wochen nach seinem Wahlsieg im Herbst 2015, der auch zehn indigene Abgeordnete und zwei indigene Minister zu Ämtern und Würden brachte, verkündete Kanadas neuer Premierminister Justin Trudeau am 8. Dezember 2015 die **Einrichtung der staatlichen Untersuchungskommission** über das Schicksal der vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen. Sie wurde mit einem Budget von 53,8 Millionen kanadischen Dollar ausgestattet und hat mittlerweile (Sommer 2016) zu arbeiten begonnen. Nach einem Zwischenbericht Ende 2017 soll bis Dezember 2018 der Abschlussbericht vorliegen.

Aboriginal Australians

Einen Staatsvertrag wie die Ureinwohner Kanadas, der USA oder Neuseelands über ihre Rechte und Pflichten wollen auch die Aboriginal Australians aushandeln. „Treaty Now“ heißt ihre Bewegung, die von der australischen Bürgerrechtsbewegung *Concerned Australians* gemeinsam mit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unterstützt wird. 2015 nutzten wir die Staatsbesuche des amtierenden Präsidenten Malcolm Turnbull und von Queen Elisabeth II, die als Oberhaupt des Commonwealth of Nations formal auch oberste Repräsentantin Australiens ist, in Berlin für mehrere **Mahnwachen**. Über die Botschaft Großbritanniens ließen wir der Monarchin einen Appellbrief zukommen, sich gegenüber der Regierung Australiens für einen Dialog mit der Treaty-Now-Bewegung einzusetzen. Diese Bitte richteten wir ebenfalls an den Generalsekretär des Commonwealth, Kamallesh Sharma. Diese **Briefe, andere Dokumente sowie die mehr als 2.000 im Internet und auf Büchertisch-Listen gesammelten Unterschriften** übergab unsere ehrenamtliche Australien-Expertin Marion Caris persönlich im Generalsekretariat des Commonwealth in London. Videos und Fotos von allen Aktionen wurden **auf der Facebook-Seite der GfbV dokumentiert**. Die Antwort des Büros von Herrn Sharma auf unsere Anfragen und Stellungnahmen, die wir im Dezember 2015 erhielten, ist im Internet bei der GfbV und auf der Facebook-Seite unserer Partnerorganisation „Berlin Aboriginal Solidarität Netzwerk“ veröffentlicht worden.

Leonard Peltier

Mehrere **Mahnwachen, Interviews und Publikationen** waren im Berichtszeitraum dem unschuldig inhaftierten indianischen Bürgerrechtler Leonard Peltier gewidmet. Wir veröffentlichten eine **mehrsprachige Peltier-Aktionszeitung** (deutsch, englisch, spanisch, französisch) in einer Gesamtauflage von gut 10.000 Exemplaren, die wir mit der Post, per E-Mail sowie über Facebook verbreiteten. Unterstützer des Bürgerrechtlers verteilten die Peltier-Aktionszeitung bei zahlreichen Büchertischen und Veranstaltungen, so dass sie mittlerweile fast vergriffen ist. Eine Teilaufgabe wurde der pogrom-Ausgabe „Indianer in Nordamerika – Stark, selbstbewusst und ungebrochen“ (Nr. 288 – Ausgabe 3/2015) beigelegt. Im Internet aktualisierten wir mehrmals unseren Aufruf an Präsident Obama, den Bürgerrechtler zu begnadigen, denn es ist ein Unding, dass der fast 72 Jahre alte schwerkranke Langzeitgefangene immer noch in einem Hochsicherheitsgefängnis einsitzt für ein Vergehen, das er nach menschlichem Ermessen nicht begangen hat. Mit uns gemeinsam fordert auch Amnesty International mittlerweile eine Begnadigung Peltiers. Im Sommer und Herbst luden wir die Öffentlichkeit zu **Benefizkonzerten mit Lesungen** aus Peltiers Buch „Mein Leben ist mein Sonnentanz“ in unserem Victor-Gollancz-Haus in Göttingen ein. Es war eine gelungene Kombination aus klassischer Musik der Gambenspielerin Christine Brelowski und ihren Mitstreitern Gudrun Kynaß, Peter Görn und Andreas Kothe, die Passagen aus dem Buch Peltiers „Mein Leben ist mein Sonnentanz“ vortrugen. In **Offenen Briefen** appellierten wir an Papst Franziskus, Bundespräsident Gauck und Bundeskanzlerin Merkel, sich bei ihren jeweiligen Staatsbesuchen im Weißen Haus für eine Begnadigung des Bürgerrechtlers einzusetzen. So kamen insgesamt mehr als 1.600 Unterschriften zusammen, die wir im Februar 2016 aus Anlass des 40. Jahrestags der Verhaftung Peltiers einem Vertreter der US-Botschaft in Berlin persönlich übergeben konnten. Im Oktober besuchte uns Wendell Yellow Bull, der die sehr erfolgreichen Lakota-Projekte des Fördervereins für bedrohte Völker im Reservat Pine Ridge leitet, und bescherte uns interessante Gespräche und einen sehr gut besuchten Vortrag.

Yvonne Bangert

Die GfbV bei den Vereinten Nationen

Die Verfolgung von muslimischen Rohingya in Burma, die Situation auf der von Russland annektierten Krim, die Lage der indigenen Völker Brasiliens, der Völkermord an den Yeziden durch den sogenannten „Islamischen Staat“ im Irak, der Bürgerkrieg in Zentralafrika, die Marginalisierung von Indigenen in Nord- und Südamerika, die Repression gegenüber Uiguren, Tibetern und Mongolen in China, die Folgen der Atomtests durch Frankreich und die USA im Südpazifik, fehlende Gerechtigkeit für Tamilen in Sri Lanka, die furchtbaren Folgen des syrischen Bürgerkrieges für ethnische und religiöse Minderheiten in Syrien oder die Verhaftungen von mauretanischen Anti-Sklaverei-Kämpfern: 2015 reichten wir wieder **zahlreiche schriftliche und mündliche Stellungnahmen zu Menschenrechts- und Minderheitenthemen** in aller Welt beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf ein.

Außerdem konnten wir viele **Minderheiten-Vertreter für Veranstaltungen des Menschenrechtsrates akkreditieren**. So ermöglichten wir im März 2015 einer Delegation von Menschenrechtlerinnen aus dem Kaukasus erneut die Teilnahme an der UN-Frauen-Konferenz, bei der sie wichtige Kontakte knüpfen und mit Diplomaten Gespräche führen konnten. Wir organisierten eine Veranstaltung bei den Vereinten Nationen zur Lage von Sklaven und Sklavereikritikern in Mauretanien. Die GfbV sorgte auch dafür, dass der tibetische Mönch Golog Jigme im Juni 2015 bei einem so genannten **Side Event**, einer Informationsveranstaltung am Rande der Versammlung des UN-Menschenrechtsrates, auftreten konnte. Jigme berichtete über die Situation tibetischer Nomaden und Mönche. Wegen seines Einsatzes für Menschenrechte war er von den chinesischen Behörden eingesperrt und gefoltert worden. Nach seiner Freilassung aus der Haft gelang es ihm, über den Himalaya nach Indien zu flüchten.

Wir trafen uns gemeinsam mit einem Vertreter der muslimischen Rohingya mit dem **UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge** in Genf, um über die dramatische Lage der Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch, Thailand, Malaysia und Indonesien zu sprechen. Im Vorfeld der UN-Generalversammlung **schrieben wir an die Botschaften aller UN-Mitgliedsstaaten**, informierten sie über die neuen diskriminierenden Gesetze gegen die Rohingya in Burma und forderten sie zu einer Verurteilung der Regierungspolitik gegenüber der muslimischen Minderheit auf.

Hanno Schedler

Aktionen und Veranstaltungen

Im Jahr 2015 wurden von unserem Aktionsreferenten Daniel Matt insgesamt 14 Straßenaktionen, zehn Informationsveranstaltungen, zwei Konzerte, unser Auftritt bei der Leipziger Buchmesse sowie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, das bundesweite Regionalgruppentreffen und die GfbV-Jahreshauptversammlung organisiert.

Damit unsere Aktionen von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, lassen wir nicht nur professionelle Transparente gestalten. Unterstützt von unseren Praktikantinnen und Praktikanten tragen wir jedes Mal Ideen zusammen, wie wir unser Anliegen auch für Bildjournalisten attraktiv in Szene setzen können. So werden Schilder beklebt und bemalt, Masken kreiert, riesige Buchstaben gebaut oder andere Utensilien günstig erworben, die unser Anliegen wirksam unterstreichen. Meist mietete unser Aktionsteam, bestehend aus Hauptamtlichen und Praktikanten, einen neunsitzigen Kleinbus, um zu einer Aktion in einer anderen Stadt aufzubrechen. Vor Ort wurden wir häufig von Mitgliedern und Ehrenamtlichen unterstützt. Auch koordinierte das Aktionsreferat die Werbung für Aktionen und Veranstaltungen mittels Plakaten und Handzetteln oder den neuen Medien.

Unser Aktionsreferat muss jedoch nicht nur kreative Aktionen auf die Beine stellen. Darüber hinaus muss auch Feiern oder Versammlungen ein würdiger Rahmen gegeben werden. Da muss die Bewirtung von manchmal sehr vielen Gästen wie am Schnürchen klappen, es müssen Musiker engagiert, Bühnen gemietet oder Flyer verteilt werden. Da ist schon viel aufmerksames Organisationstalent nötig!

Hier zeigen wir eine Auswahl unserer Straßenaktionen und unseren Messestand in Leipzig in Bildern:



12. Januar 2015

Mahnwache „Türkei: Unterstützung für Islamisten einstellen!“ anlässlich des Besuches des türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu im Bundeskanzleramt.



2. Februar 2015

Mahnwache vor der Göttinger Universitätsaula für die Freilassung politischer Gefangener in China anlässlich eines deutsch-chinesischen Wirtschaftstages.



12. – 15. März 2015

Stand bei der Leipziger Buchmesse zum Thema Sklaverei in Mauretanien.



12. April 2015

Aktion vor der Eröffnung der Hannover Messe mit dem Partnerland Indien.



3. – 6. Juni 2015

Protestlager mit orientalischen Christen beim evangelischen Kirchentag in Stuttgart.



23. und 24. Juni 2015

Aktionen für die Aboriginal Australians anlässlich des Besuches von Queen Elizabeth II in Berlin.



1. Juli 2015

Demonstration für die Freilassung aller politischen Gefangenen vor dem iranischen Konsulat in Frankfurt a. M..



3. September 2015

Mahnwache für Religionsfreiheit vor der chinesischen Botschaft in Berlin.



26. September 2015

Vortrag von Prof. Martin Tamcke zur Lage der Christen im Orient im Rahmen der GfbV-Jahreshauptversammlung in Göttingen.



29. November 2015

Teilnahme am "Global Climate March" in Berlin, mit dem Thema "SOS für Tibets Gletscher".



3. Dezember 2015

Demonstration für langjährig geduldete Roma-Flüchtlinge in Göttingen.

Besonderer Dank gilt Gesine Gerdes, Elena Purschke, Leonie Krüger, Florian Schweikert, Hanna Meisel und Luca-Hannah Platzer, die als Praktikantinnen und Praktikanten das Aktionsreferat unterstützten.

Daniel Matt

Homepage und Neue Medien

Homepage

Eine umfassende und ansprechende Internetpräsenz ist in der heutigen digitalen Welt eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Menschenrechtsarbeit. Denn das Internet ist aus dem Leben der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Täglich „googeln“ wir, chatten mit Freunden und Bekannten und lesen Artikel online. 46 Millionen Smartphone-Nutzer gab es 2015, was einen weiteren Anstieg zum Vorjahr bedeutet. Es ist daher für Firmen, Organisationen und Vereine wichtig, nicht nur irgendeine Homepage zu haben, sondern eine, die sich den Bedürfnissen von Smartphone- und Tablet-Nutzern anpasst. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ging die Gesellschaft für bedrohte Völker am 28. Mai 2015 mit einer **neuen Homepage** unter www.gfbv.de online. In einem **komplett überarbeiteten neuen Design** konnten die GfbV-Menschenrechtsarbeit und vor allem die inhaltlichen Schwerpunkte neu aufgearbeitet präsentiert werden.

Die beliebtesten Seiten 2015 waren dabei *Aktuelles*, wo täglich Pressemitteilungen, News, Reporte sowie Audio- und Videoangebote präsentiert werden, der *Online-Shop*, die *Kampagnen-Seite*, die Übersichtsseite zu *Ländern, Regionen und Völkern*, zu und mit denen die GfbV arbeitet, sowie die Seite über unseren Bildkalender 2016 mit dem Thema „Einfach schön – Wie Menschen sich schmücken. Weltweit.“ mit integrierter Fotostrecke. Auch die Informationsseiten zu einem *Praktikum* bei der GfbV, über die *Regionalgruppen* und die *GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“* wurden 2015 vermehrt von den **insgesamt 106.937 Homepage-Besuchern** angeschaut. Zudem zählen zu den beliebtesten Seiten 2015 die beiden Kampagnenseiten zur Freilassung des inhaftierten indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier und die Forderung nach Frieden in der Türkei.

Seit dem Relaunch der Homepage bleiben die Besucher länger auf der Homepage und beschäftigten sich somit intensiver mit den Inhalten und Themen der GfbV. Auch haben sich die Klickzahlen aus den sozialen Netzwerken erhöht. Während vor dem Livegang im Durchschnitt 619 Klicks pro Monat aus den sozialen Netzwerken kamen, waren es danach bereits 1.847 Klicks pro Monat. Das ist ein **Anstieg von fast 300 Prozent**. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, dass Webseiten auf die Bedürfnisse von Nutzern zugeschnitten sind und gleichzeitig die Inhalte für die sozialen Netzwerke aufgearbeitet werden.

Neue Medien

2015 intensivierte unsere Online-Redakteurin Michaela Böttcher auch die Arbeit in den **Neuen Medien**. Dadurch konnte die „Follower“-Zahl bei **Facebook**, dem Kurznachrichtendienst **Twitter** und auch beim vorrangig von jüngeren Menschen genutzten **Instagram** erhöht werden. Das 2014 eingeführte Twitter-Angebot unter *#gfbvtalk*, bei dem während Vorträgen, Diskussionsrunden und Infoabenden wichtige Inhalte zusammengefasst und anschließend gesendet werden, wurde 2015 weiter fortgeführt. Menschen, die in anderen Städten wohnen und nicht vor Ort dabei sein können, bekommen so die Informationen direkt in Echtzeit geliefert. Das Angebot wird von Twitter-Nutzern sehr gut angenommen, so dass die Follower-Zahl erneut fast verdoppelt werden konnte. Auch bei Facebook erhöhte sich die Reichweite der GfbV. So konnten im Durchschnitt pro Monat **mehr als 50.000 Nutzer** erreicht werden, die dadurch mit der Arbeit und den

Menschenrechtsthemen der GfbV vertraut wurden. Facebook stellte damit auch 2015 das wichtigste Medium der Onlinekommunikation für die GfbV dar.

Auch 2015 wurden Audiointerviews bei **Soundcloud** kostenlos als Podcast zur Verfügung gestellt. Bei **YouTube** luden wir selbst produzierte Videointerviews und Kurzfilme über unsere Menschenrechtsaktionen hoch. Ausführliche Kommentare zu aktuellen Themen und Hintergrundberichte stehen interessierten Lesern kostenlos auf unserem **Blog** zur Verfügung. Die Vielfalt der Artikel spiegelt das breite Spektrum der GfbV-Arbeit wieder: Da sind zum Beispiel eine Analyse über die Entstehung des „Islamischen Staats“ (IS), ein Artikel über die Versklavung yezidischer Frauen durch den IS, kurze Aussagen von Roma-Kindern, die von der Abschiebung aus Deutschland in den Kosovo bedroht sind, sowie Artikel über den Kampf indigener Umweltschützer gegen den Klimawandel oder auch ein Interview mit einer Frau, die Waisenkindern in Afrin ein neues Zuhause gibt, zu finden.

Newsletter

Der GfbV-**Newsletter** war für unsere 10.000 Abonnenten ebenfalls eine wichtige Informationsquelle. Er wird als Rund-Mail verschickt und konzentriert sich in der Regel auf ein Thema und bietet die Möglichkeit der politischen Partizipation und Intervention. So konnten die Abonnenten in den **22 Newslettern**, die sie im Laufe des Jahres 2015 von uns bekamen, über die neuesten Ausgaben unserer Zeitschrift pogrom-bedrohte Völker, besondere Veranstaltungen, Spendenmöglichkeiten und eben auch Petitionen und Appelle an Politiker, die von der GfbV lanciert wurden, informiert werden. Die Resonanz der Abonnenten auf gerade die Online-Petitionen ist groß, so dass 46 Prozent der Klicks auf die GfbV-Homepage im Laufe des Jahres allein durch Newsletter-Abonnenten generiert wurden.

Michaela Böttcher

DIE GFBV ONLINE 2015

STATISTIKEN

2015 war ein Aufwärtstrend in der GfbV-Onlinearbeit zu beobachten. Wir erreichten viel mehr Nutzer und Interessierte als 2014. Auch gewannen wir über die neue Homepage, die am 28. Mai 2015 online ging, mehr Mitglieder, Förderer und Abonnenten als in den Vorjahren.

WARUM NEUE MEDIEN?



SPENDEN

15% **mehr**
ONLINE-
SPENDEN

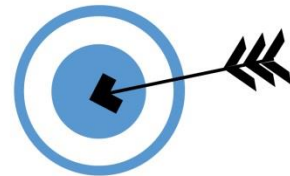
BLOG

25.506
BLOGLESER
10% mehr als 2014



NEWSLETTER

10.328
Newsletter-
ABONNENTEN

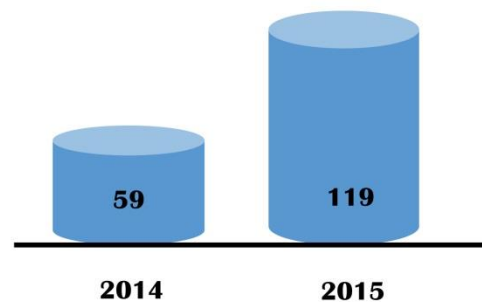


DIE ABONNENTENZAHL HAT SICH UM 0,75%
ERHÖHT.

TWITTER

2.015x
am Tag
sehen Twitter-
Nutzer
UNSERE
NACHRICHTEN

MITGLIEDER, FÖRDERER, ABOS



Über die Homepage gewannen wir
2015 mehr als doppelt so viele
Mitglieder, Förderer und
Abonnenten wie im Vorjahr.

FACEBOOK


WIR ERREICHTEN 2015
220% MEHR
NUTZER
BEI FACEBOOK
ALS 2014

INSTAGRAM


57
FOLLOWER
BEIM JUGENDNETZWERK
INSTAGRAM

Presse

Im Jahr 2015 veröffentlichten wir **214 Pressemitteilungen**, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen, Demonstrationen oder Mahnwachen veröffentlichten. Wir kritisierten oder kommentierten Entscheidungen der Bundesregierung, Verlautbarungen einzelner Politiker, Kirchenvertreter oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, richteten Appelle an Bundeskanzlerin oder Bundespräsident. Wir berichteten über die aktuelle Lage ethnischer und religiöser Minderheiten, recherchierten Fakten und machten auf Verfolgung und Unterdrückung aufmerksam. Wir gaben aber auch Hilferufe bedrohter Volksgruppen an die Medien weiter und informierten über Notsituationen.

Meistens sandten wir unsere Erklärungen deutschlandweit an einen großen Presseverteiler. Unsere Pressereferentin Inse Geismar pflegt aber auch spezielle Verteiler – etwa nach geographischen Gesichtspunkten oder thematischen Interessen der Journalisten. Denn längst nicht jede Redakteurin oder jeder Redakteur interessiert sich für alle Menschenrechtsthemen. Manche legen ihren Schwerpunkt auf eine bestimmte Region dieser Welt, arbeiten als Korrespondent von einem fernen Land aus oder möchten nur Meldungen mit Bezug auf eine Stadt erhalten. Zusätzlich zu diesen regionalen und thematischen Verteilern führen wir auch noch eine Liste mit Medien, die sich besonders an Meldungen mit religiösem oder Umwelt-Bezug widmen.

Der Erfolg unserer Medienarbeit ist in gewisser Weise messbar an der Menge der Zeitungsausschnitte, in denen die GfbV 2015 namentlich erwähnt wird. Wir haben einen Ausschnittdienst damit beauftragt, täglich die vielen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands einschließlich ihrer Regionalausgaben nach unserem Namen zu durchforsten. Einmal in der Woche bekommen wir dann diese gefundenen Artikel zugesandt. Unsere Archivarin Iris Castro hat unser **Medienecho** geordnet und in **elf Aktenordnern** zusammengefasst. Wir erreichten also allein über die Printmedien einen riesigen Leserkreis. In den Beiträgen wurde nicht nur aus unseren Pressemitteilungen zitiert. Oft genug gaben auch unsere Menschenrechtsaktionen Anlass zur Berichterstattung oder zum Abdruck eines Fotos mit unseren Aktivisten. Mal wurden unsere Forderungen oder unsere Kritik an politischen Entscheidungen nur in ein oder zwei Kernsätzen wiedergegeben, mal kamen unsere Referenten ausführlich zu Wort. Manchmal berufen sich die Autoren auf von uns veröffentlichte Zahlen, Fakten und Hintergründe, nennen uns als Quelle ihrer Recherchen. Ab und an wurden wir von Redakteuren direkt um einen längeren kritischen Kommentar oder einen Beitrag zu einer Kolumne gebeten.

Besonders große Verbreitung fanden Berichte von Nachrichtenagenturen sowohl bundesweit in den Zeitungen als auch als Nachricht bei verschiedensten Rundfunk- und TV-Sendern und natürlich im Internet. So brachten im Januar viele Zeitungen die Meldung von Agence France Press, nach Angaben der GfbV kämpfe Boko Haram in Nigeria gezielt gegen Kinder und Jugendliche. In der Folgeberichterstattung über die Schrecken, die diese islamistische Terrorgruppe verbreitet, zitierte uns die Deutsche Presse-Agentur im Folgemonat gleich zweimal, was ebenfalls einen breiten Widerhall in den Medien bewirkte. Einen Appell unserer Südosteuropareferentin Jasna Causevic an Bundeskanzlerin Angela Merkel, bei ihrem Ungarn-Besuch für die Roma-Minderheit mehr Schutz vor Hasstiraden und Übergriffen zu fordern, verbreitete die dpa in mehreren großen Zeitungen. Im März machte die GfbV-Kundgebung zur Eröffnung der Computer-Messe CEBIT in Hannover Schlagzeilen.

Wir kritisierten die „große digitale Mauer“, die das Partnerland China gegen Regime-Kritiker errichtet habe. Im April druckten viele Blätter den Agentur-Bericht über die Schließung des einzigen Fernsehsenders der Krimtataren durch Russland. Wir hatten zuvor mit einer Pressemitteilung darauf aufmerksam gemacht. Im Juni erwähnten mehrere große Zeitungen unsere Aktion während des Besuchs der Queen in Berlin. Wir baten die Monarchin um Unterstützung der Aboriginal Australians. Eine Menschenrechtsaktion beachteten die Medien auch im Juli: Vor der Botschaft des Iran demonstrierten wir gegen die Verfolgung Andersdenkender. Im August lief unsere Kritik an der Vergabe der Olympischen Spiele 2022 an China dank Agentur-Berichterstattung einmal durch den deutschen Blätterwald. Und auch unsere Mitteilung zum internationalen Tag der indigenen Völker am 9. August über die Bedrohung indigener Umweltschützer in vielen Teilen der Welt griffen die Medien gut auf. Im September berichteten vor allem die vielfältigen christlich orientierten Medien über unsere Meldungen, dass der extremistische IS christliche Kirchen und Klöster in Syrien zerstört. Und Ende des Jahres wurden unsere Warnungen vor einer bedrohlichen Eskalation der Gewalt in Burundi von vielen Medien in ganz Deutschland mehrfach zitiert.

Viele Male berichteten 2015 Nachrichtenportale unter Berufung auf unsere Menschenrechtsorganisation über die Lage bedrohter Minderheiten, oft wurde auf unsere Homepage verlinkt. Sehr oft wurden wir um Radio und – über das Internet-Kommunikationsprogramm skype – auch um TV-Interviews gebeten. Aufgrund des Bürgerkrieges in Syrien stand unser Nahostreferent Kamal Sido Redakteuren rund 130 Mal Rede und Antwort, darunter kamen mindestens die Hälfte der Anfragen aus Ländern des Nahen Ostens, von Rundfunk- oder Fernsehsendern, die Kurden betreiben, oder von Voice of America. Damit erreichten wir ein wichtiges Ziel: Auch in ihren eigenen Ländern hörbar prangerten wir die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen an. 46 Interviews gab der Leiter unseres Asien-Afrika-Referates Ulrich Delius in deutscher, englischer oder französischer Sprache, während die Medien für die Lage indigener Völker, kleinerer Volksgruppen in den GUS-Staaten oder Südosteuropa schwerer zu interessieren waren. Durchschnittlich einmal im Monat standen eine GfbV-Referentin oder ein –Referent vor einer Fernseh-Kamera sei es in einem Fernsehstudio, sei es während einer unserer Menschenrechtsaktionen oder bei uns im Haus. Wenn unser Name auch in Ihrer Zeitung erwähnt wurde, finden Sie sie in der folgenden Liste, die Cecile Ayoub zusammengestellt hat.

Inse Geismar

Aachener Nachrichten	Allgemeine Ilmenau	Anzeiger für Burgdorf/ Uetze
Aachener Zeitung	Allgemeine Laber-Zeitung	Anzeiger für Harlingerland
Aalener Nachrichten	Allgemeine Zeitung	Anzeiger für Lehrte/Sehnde
Achimer Kreisblatt	Allgemeine Zeitung Coesfeld	Apoldaer Allgemeine
Achimer Kurier	Allgemeine Zeitung der	Arnberger Zeitung
AFP Agence France Press	Lüneburger Heide	Arnstädter Allgemeine
Ahaus AS	Allgemeiner Anzeiger Halver	Arterner Allgemeine
Ahlener Zeitung	Alsfelder Allgemeine	Arterner Allgemeine
Ahrensburger Zeitung	Altenaer Kreisblatt	Ascherslebener Zeitung
Aichacher Nachrichten	Altländer Tageblatt	Attendorner Zeitung
Aichacher Zeitung	Altmark Zeitung	Auer Zeitung
Alb Bote	Altmühl-Bote	Augsburger Allgemeine
Alfelder Zeitung	Alt-Neuöttinger Anzeiger	Bad Doberaner Zeitung
Aller Zeitung	Amberger Zeitung	Bad Dürkheimer Zeitung
Allgäuer Anzeigebblatt	Ammerländer Nachrichten	Bad Godesberger Nachrichten
Allgäuer Zeitung	Ansbacher Tageblatt	Bad Langensalzaer Allgemeine

Badische Neueste Nachrichten
Badische Zeitung
Badisches Tagblatt
Balver Nachrichten
Barnim Echo
Bayerische Rundschau
Bayerwald-Echo
Beobachter
Bergedorfer Zeitung
Bergische Landeszeitung
Bergisches Land
Berliner Morgenpost
Berliner Zeitung
Bernburger Kurier
Bersenbrücker Kreisblatt
Beueler Nachrichten
Bietigheimer Zeitung
Billerbecker Anzeiger
Bitterfelder Zeitung
Bobinger Anzeiger
Bocholt-Borkener Volksblatt
Bogener Zeitung
Böhme Zeitung
Bonifatiusbote
Bonner Rundschau
Bonner Stadtanzeiger
Bonner Stadtanzeiger
Königswinter
Bönnigheimer Zeitung
Borkener Zeitung
Borkumer Zeitung
Borna-Geithainer Zeitung
Bote vom Haßgau
Bramscher Nachrichten
BRAWO am Sonntag
Bremer Nachrichten
Bremer Tageszeitung
Bremervörder Zeitung
Brocken-Kurier Wernigerode
Brunsbütteler Zeitung
Buchloer Zeitung
Burger Rundschau
Burger Voksstimme
Burghauser Anzeiger
Burgsteinfurter Anzeiger und
Tag
Buxtehuder Tageblatt
Calenberger Zeitung
Castrop-Rauxeler Zeitung
Cellesche Zeitung
Chamer Zeitung
Chemnitzer Zeitung
Coburger Tageblatt
Couch
Cuxhavener Nachrichten
Darmstädter Echo
Dattelner Morgenpost
Deggendorfer Zeitung

Deister- und Weserzeitung
Deister-Anzeiger
Delitzsch-Eilenburger
Kreiszeitung
Delmenhorster Kreisblatt
Delmenhorster Kurier
Der Ammerländer
Der Bayerwald-Bote
Der Bote für Nürnberg-Land
Der Enztäler
Der Freitag
Der Gemeinnützig
Der Gesellschafter
Der Hautarzt
Der Havelländer
Der Kurier Karlsruhe
Der Münsterländer
Der Neue Tag
Der Nordschleswiger
Der Patriot
der pilger
Der Steigerwald Bote
Der Tagesspiegel
Der Teckbote
Der Westallgäuer
Deutsche Presse-Agentur dpa
DEWEZET
Die Harke
Die Kirche
Die Kitzinger
Die Norddeutsche
Die Oberbadische
Die Rheinpfalz
Die Tagespost
Die Tageszeitung
Die Tageszeitung für das
Weserbergland
Die Welt
Die Welt Berlin
Die Welt Hamburg
Die Welt Kompakt
Die Welt überregional
Die Wochenschau
Nordfriesland
Die Zeitung im Grabfeld
Diepholzer Kreisblatt
Dill-Post
Dill-Zeitung
Dingolfinger Anzeiger
Dithmarscher Kurier
Dithmarscher Landeszeitung
Döbelner Allgemeine
Donau-Anzeiger
Donaukurier
Donau-Post
Donauwörther Zeitung
Donau-Zeitung
Donnersberger Rundschau

Dorstener Zeitung
Dortmunder Zeitung
Dortmunder Zeitung Süd
Dresdner Neueste Nachrichten
Dülmener Zeitung
Dürener Nachrichten
Dürener Zeitung
E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit
Eberbacher Zeitung
Echaz-Bote
Eckernförder Nachrichten
Ehinger Tagblatt
Eichsfelder Allgemeine
Eichsfelder Tageblatt
Eichstätter Kurier
Eifeler Nachrichten
Eifeler Zeitung
Einbecker Morgenpost
Eisenacher Allgemeine
Eisenacher Presse
Elbe-Jeetzel-Zeitung
Emder Zeitung
Emsdettener Volkszeitung
Ems-Zeitung
Erftkreis-Bergheim
Erfurt Land
Erfurter Allgemeine
Erkelenzer Volkszeitung
Erlanger Nachrichten
Erlanger Tagblatt
Eschweger Allgemeine
Eschweiler Nachrichten
Eschweiler Zeitung
Evangelische Sonntags-Zeitung
Evangelische Zeitung
Evangelischer Pressedienst epd
Evangelisches Sonntagsblatt
aus Bayern
Fehmarnsches Tageblatt
Fellbacher Zeitung
Feuchtwanger Tageblatt
Filder-Zeitung
Finnentropfer Zeitung
Flensburg Avis
Frankenberger Allgemeine
Frankenthaler Zeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Neue Presse
Frankfurter Rundschau
Frankfurter Stadtbote
Fränkische Landeszeitung
Fränkischer Anzeiger
Fränkischer Tag
Freiberger Zeitung
Freie Presse
Freie Presse Chemnitzer
Zeitung

Freie Presse Zwickauer Zeitung
Freilassinger Anzeiger
Freudenstädter Kreiszeitung
Friedberger Allgemeine
Fritzlar-Homberger Allgemeine
Fuldaer Zeitung
Further Chronik
Fürther Nachrichten
Füsseener Blatt
Gandersheimer Kreisblatt
Gardelegener Nachrichten
Gardelegener Volksstimme
Geilenkirchener Zeitung
Geislinger Zeitung
Gemündener Zeitung
General-Anzeiger
Genthiner Volksstimme
Gersthofer Zeitung
Gescherer Zeitung
Gießener Allgemeine
Glaube und Leben
GN Grafschafter Nachrichten
Göppinger Kreisnachrichten
Gothaer Allgemeine
Gothaer Tagespost
Göttinger Tageblatt
Grafenauer Anzeiger
Grafschafter Nachrichten
Gransee-Zeitung
Greifswalder Zeitung
Grevener Zeitung
Grevesmühlener Zeitung
Grimmener Zeitung
Gronauer Nachrichten
Groß-Gerauer Echo
Günzburger Zeitung
Gunzenhausener Zeitung
Halberstädter Tagblatt
Halberstädter Volksstimme
Haldenslebener Rundschau
Hallertauer Zeitung
Hallo Sonntag Hameln
Halturner Zeitung
Hamburger Abendblatt
Hammer Zeitung
Hanauer Anzeiger
Hannoversche Allgemeine
Zeitung
Harburg&Umland
Harzer Volksstimme
Haßfurter Tagblatt
Havelberger Volksstimme
heide kurier am Mittwoch
heide kurier am Sonntag
Heidenheimer Neue Presse
Heidenheimer Zeitung
Heilbronner Stimme
Heinrichsblatt

Heinsberger Nachrichten
Heinsberger Zeitung
Heinsberger Zeitung Erkelenzer
Volkszeitung
Hellweger Anzeiger
Hennigsdorfer Generalanzeiger
Herborner Tageblatt
Hersbrucker Zeitung
Hersfelder Zeitung
Hertener Allgemeine
Hessische Allgemeine
Hessische Allgemeine Kassel
Heuberger Bote
Hildesheimer Allgemeine
Zeitung
Hilpoltsteiner Kurier
Hilpoltsteiner Zeitung
Hinterländer Anzeiger
HNA
Höchster Kreisblatt
Hofgeismar Allgemeine
Hohenloher Zeitung
Hohenzollerische Zeitung
Holsteiner Zeitung
Honnefer Volkszeitung
HörZu
Hünfelder Zeitung
Husumer Nachrichten
Ibbenbürener Volkszeitung
idea e.V. Evangelische
Nachrichtenagentur
Idea Spektrum
Illertal Bote
Illertisser Zeitung
Ipf- und Jagst-Zeitung
Isenhagener Kreisblatt
Jeverland-Bote
Jeversches Wochenblatt
Jülicher Nachrichten
Jülicher Zeitung
Junge Freiheit
Junge Welt
Karlstadter Zeitung
Katholische
Nachrichtenagentur kna
Katholische Sonntagszeitung
für Deutschland
Kelheimer Zeitung
Kieler Nachrichten
Kintigtal-Nachrichten
Kirche+Leben
Kirchenbote Wochenzeitung
für das Bistum Osnabrück
Kirchenzeitung Die Woche im
Bistum Hildesheim
Kirchenzeitung für das Bistum
Aachen

Kirchenzeitung für das Bistum
Eichstätt
Klötzer Nachrichten
Klötzer Volksstimme
Kölner Stadt-Anzeiger
Kölnische Rundschau
Königsbrunner Zeitung
Konradsblatt
Köthener Zeitung
Kötztinger Umschau
Kötztinger Zeitung
Kraichgau Stimme
Kreisnachrichten Calw
Kreiszeitung
Kreiszeitung Wesermarsch
Krumbacher Bote
Lahrer Zeitung
Landauer Neue Presse
Landauer Zeitung
Landsberger Tagblatt
Landshuter Zeitung
Langenselder Zeitung
Lauenburgische Landeszeitung
Leine-Nachrichten
Leine-Zeitung
Leipziger Volkszeitung
Leverkusener Anzeiger
Liberiusblatt
Lichtenfelser Tagblatt
Lilienthaler Kurier
Lingener Tagespost
Lohrer Zeitung
Lüdenschieder Nachrichten
Lüdinghauser Zeitung
Lüdinghauser Zeitung
Ludwigsburger Kreiszeitung
Ludwigshafener Rundschau
Magdeburger Volksstimme
Magdeburgische Zeitung
Main-Post
Main-Taunus-Kurier
Marbacher Zeitung
Markgräfler Tagblatt
Märkische Allgemeine
Märkische Oderzeitung
Märkisches Echo Strausberg
Marktheidenfelder Zeitung
Marler Zeitung
Marner Zeitung
Mecklenburgische &
Pommersche Kirchenzeitung
Mein Wochenblatt
Meinerzhagener Zeitung
Meitinger Nachrichten
Meller Kreisblatt
Melsunger Allgemeine
Memminger Zeitung
Mendener Nachrichten

Meppener Tagespost
Metzinger-Uracher General-
Anzeiger
Metzinger-Uracher Volksblatt
Mindelheimer Zeitung
Mindener Tagblatt
Mittelaardter Rundschau
Mittelbayerische Zeitung
Mitteldeutsche Zeitung
Mittelschwäbische
Nachrichten
Moosburger Zeitung
Mühlhäuser Allgemeine
Muldentaleitung
Münchner Kirchenzeitung
Mündener Allgemeine
Münsterischer Anzeiger
Münsterland Zeitung
Münsterländische
Tageszeitung
Münsterländische Volkszeitung
Münstersche Zeitung
Münstersche Zeitung
Westfalen Anzeiger
na news aktuell
Nassauische Neue Presse
natur
Naumburger Tageblatt
Neckar Chronik
Neckar- und Enzbote
Neuburger Rundschau
Neue Bildpost
Neue Deister Zeitung
Neue Hohenlimburger Zeitung
Ausgabe Lünen
neue Kirchenzeitung Die
Woche
neue Kirchenzeitung Die
Woche im Erzbistum Hamburg
Neue Osnabrücker Zeitung
Neue Presse
Neuer Emsbote
Neumarkter Nachrichten
Neumarkter Tagblatt
Neusässer Zeitung
Neustädter Anzeigeblatt
Neu-Ulmer Zeitung
Niederelbe-Zeitung
Nordbayerische Nachrichten
Nordbayerische Zeitung
Nordbayerischer Kurier
Norderneyer Badezeitung
Norderstedter Zeitung
Nordhannoversche Zeitung
Nordhäuser Allgemeine
Nord-Runschau
Nordsee-Zeitung
Nordwest Zeitung

Northeimer Neueste
Nachrichten
NOZ Neue Osnabrücker
Zeitung
NRZ Neue Rhein Zeitung
Zeitung für Düsseldorf
NRZ Neue Ruhr Zeitung
Nürnberger Nachrichten
NWZ Göppingen
NWZ Göppinger
Kreisnachrichten
NZ Nürnberger Zeitung
Oberbergische Volks-Zeitung
Oberbergischer Anzeiger
Oberhessische Presse
Obermain-Tagblatt
Obermain-Tagblatt
Lichtenfelser Tagblatt
Ochtruper Anzeiger
Odenwälder Echo
Oderland Echo
Oder-Spree Journal
Ohrekreis Volksstimme
Oldenburger Kreiszeitung
Oldenburger Nachrichten
Oldenburgische Volkszeitung
Olper Kreiszeitung
Oranienburger
Generalanzeiger
Ortenaukreis Kinzigtal
Oschatzer Allgemeine
Oschersleber Volksstimme
Osterburger Volksstimme
Osterhofener Zeitung
Osterländer Volkszeitung
Ostfriesen Zeitung
Ostfriesische Nachrichten
Ostfriesischer Kurier
Ostholsteiner Anzeiger
Ostholsteiner Zeitung
Ostsee Zeitung
Passauer Neue Presse
Passauer Neue Presse
Niederbayerische Zeitung
Paulinus
Pegnitz-Zeitung
Peiner Allgemeine Zeitung
Pfaffenhofener Kurier
Pfälzer Tageblatt
Pfälzische Volkszeitung
Pfälzischer Merkur
Pforzheimer Zeitung
Pfullinger Zeitung
Pinneberger Zeitung
Pirmasenser Rundschau
Pirmasenser Zeitung
Plattlinger Anzeiger
Plattlinger Zeitung

Plauener Zeitung
Postausgabe
Potsdamer Neueste
Nachrichten
Presse
Pyrmonter Nachrichten
Radolfzeller Zeitung
Rastatter Tageblatt
Recklinghäuser Zeitung
Regionale Rundschau Stuhr-
Weyhe
Regjo Südniedersachsen
Reichenhaller Tagblatt
Reutlinger General-Anzeiger
Reutlinger Nachrichten
Rheiderland Zeitung
Rhein Bote Düsseldorf
Rhein-Ahr-Zeitung
Rhein-Erft Rundschau
Rhein-Neckar-Zeitung
Rhein-Sieg Rundschau
Rhein-Sieg-Anzeiger
Rhein-Sieg-Zeitung
Rhön- und Saalepost
Rhön- und Streubote
Ribnitz-Damgartener Zeitung
Ried Echo
Rieser Nachrichten
Rodinger Kurier
Rostocker Zeitung
Rotenburg-Bebraer Allgemeine
Rotenburger Kreiszeitung
Rothenburger Tageblatt
Roth-Hilpoltsteiner
Volkszeitung
Rottaler Anzeiger
Rottenburger Anzeiger
RTF1
Rügen-Bergener Zeitung
Ruhr Nachrichten
Ruhr Nachrichten Postausgabe
Ruppiner Anzeiger
Rüsselsheimer Echo
Saale-Zeitung
Saarbrücker Zeitung
Sachsenheimer Zeitung
Sächsische Zeitung
Salzland-Kurier
Salzwedeler Nachrichten
Salzwedeler Volksstimme
Sanerhäuser Zeitung
Sarstedter Anzeiger
Schäbisches Tagblatt
Schaumburger Nachrichten
Schaumburger Zeitung
Schaumburg-Lippische Landes-
Zeitung Bückeburg
Schlitzer Bote

Schönebecker Volksstimme
Schorndorfer Nachrichten
Schrobenhausener Zeitung
Schwabacher Tagblatt
Schwäbische Donau Zeitung
Schwäbische Zeitung
Schwäbisches Tagblatt
Schwabmünchner Allgemeine
Schwälmer Allgemeine
Schwandorfer Tagblatt
Schwarzwälder Bote
Schweinfurter Tagblatt
Seesener Tageszeitung
Segeberger Zeitung
Siegerländer Morgenzeitung
Singener Zeitung
SK
Soester Anzeiger
Sollinger Allgemeine
Sömmerdaer Allgemeine
Sömmerdaer Allgemeine
Sondershäuser
Sondershäuser Allgemeine
Sonntag Aktuell
Sonntagsblatt - Evangelische
Wochenzeitung für Bayern
Spendenmagazin
Speyerer Rundschau
Spree-Journal Erkner
Stader Tageblatt
Stadtanzeiger am Sonntag für
Ahlen, Beckum, Drenste
Stadtanzeiger am Sonntag für
den Kreis Soest
Stadtanzeiger am Sonntag
Hamm und Bönen
Stadtberger Zeitung
Starkenburger Echo
Staßfurter Volksstimme
Steinfurter Kreisblatt
Stendaler Volksstimme
Stirnberg Zeitung
Stolberger Nachrichten
Stolberger Zeitung
Stormaner Tagblatt
Stralsunder Zeitung
Straubinger Tagblatt
Strohgäu extra
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süderländer Tageblatt
Süderländer Volksfreund
Südkurier
Südostbayerische Rundschau
Südwest Presse
Sulinger Kreiszeitung
Sulzbach-Rosenberger Zeitung
Syker Kurier

Syker Zeitung
Tag des Herrn für das Bistum
Dresden-Meißen
Tag des Herrn für das
Erzbistum Berlin
Tageblatt für den Kreis
Steinfurt
Tagesanzeiger
Tageszeitung für Rhön und
Saale
Täglicher Anzeiger
Taunus Zeitung
taz Die Tageszeitung
Tecklenburger Landbote
Thedinghäuser Zeitung
Thüringer Allgemeine
Thüringische Landeszeitung
Tip Berlin
Torgauer Zeitung
Traunreuter Anzeiger
Treuchtlinger Kurier
Trossinger Zeitung
Trostberger Tagblatt
Uckermark Anzeiger
Uetersener Nachrichten
Unabhängige Heimatzeitung
Unsere Kirche
Unterhaardter Rundschau
Usedom-Peene-Zeitung
Verdener Aller-Zeitung
Verdener Nachrichten
Viechtacher Bayerwald-Bote
Villinger Nachrichten
Vilsbiburger Zeitung
Volksblatt
Volkszeitung Schweinfurt
Waiblinger Kreiszeitung
Waldeckische Landeszeitung
Walsroder Zeitung
Wanzleber Volksstimme
Warsteiner Anzeiger
Weilburger Tageblatt
Weiler Zeitung
Weißenburger Tagblatt
Welt am Sonntag
welt-sichten
Werler Anzeiger
Werra-Rundschau
Wertinger Zeitung
Weser Kurier
Wesermarsch-Zeitung
Westfalen Anzeiger für
Herbern
Westfalen-Anzeiger
Westfalenpost
Westfälische Nachrichten
Westfälischer Anzeiger
Westricher Rundschau

Wetterauer Zeitung
Wetzlarer´Neue Zeitung
Wilhelmshavener Presse
Wilhelmshavener Zeitung
Windsheimer Zeitung
Wismaer Zeitung
Wittgensteiner Zeitung
Wittlager Kreisblatt
Witzenhäuser Allgemeine
Wochenblatt Haßloch
Wochenspiegel
Wolfhager Allgemeine
Wolfsburger Allgemeine
Womirstedter Kurier
Wörther Anzeiger
Wümme-Zeitung
Würzburger katholisches
Sonntagsblatt
WZ Westdeutsche Zeitung
Zeitung für das Hochsauerland
Zeitung für Hagen
Zeitung für Main-Tauber
Zeitung für Rhön-Grabfeld
Zeitungsmarkt Rhein-Neckar
Zeitungsmarkt Stuttgart
Zevener Zeitung
Zollern-Alb Kurier
Zweibrücker Rundschau
Zwickauer Zeitung

Publikationen

GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom

Leider ist es uns noch nicht ganz gelungen, den Rückstand in der Reihe unserer Zeitschrift aufzuholen. Deshalb wurden die ersten beiden Hefte, die 2015 erschienen, noch zum Abonnement 2014 gezählt. Wir entschuldigen uns herzlich dafür!

2013 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIKK) 424 politische Konflikte weltweit. 21 Konflikte stuft das HIKK als „Kriege“ ein, von denen neun in Afrika ausgetragen werden. Längst sind die Konflikte in Afrika bei uns in Europa angekommen. Menschen begeben sich auf eine beschwerliche Reise über das Meer, um Kriegen und Diktaturen zu entfliehen. Die internationale Gemeinschaft setzt sich selten mit den Hintergründen ihrer Flucht auseinander, sondern schweigt und scheint angesichts der immer weiter eskalierenden Auseinandersetzungen nahezu handlungsunfähig zu sein. Heft Nr. 284 macht auf einige dieser Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent aufmerksam, die in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend in Vergessenheit geraten.

Vor 100 Jahren, im April 1915, begann der Völkermord an den christlichen Gemeinschaften des Osmanischen Reiches: den Armeniern, Assyriern/Aramäern und Griechen. Die Verbrechen werden von der Türkei bis heute als bedauerliche Begleiterscheinung des Ersten Weltkriegs gedeutet. Heft 285 widmet sich den Opfern dieses Genozids, aber auch den Nachkommen, die bis heute darum kämpfen, dass die Verbrechen an ihren Angehörigen als Völkermord von der Türkei anerkannt werden.

Tausende Menschen gehen nahezu täglich auf die Straße, um gegen eine drohende Islamisierung des "Abendlandes" zu demonstrieren. Was jedoch häufig vergessen wird: Europa hat bereits eine lange muslimische Geschichte. So war die Iberische Halbinsel unter muslimischer Herrschaft vom 8. Jahrhundert an ein Hort des Wissens und des Fortschritts, von dem auch der Rest Europas profitiert hat. Die muslimisch-europäische Geschichte endet aber keineswegs Anfang des 17. Jahrhunderts mit der Vertreibung der Muslime von der Iberischen Halbinsel. In Nord-, Ost- und Südosteuropa existieren bis heute muslimische Gemeinschaften, von denen einige bis zu 700 Jahre alt sind. Millionen muslimische Europäer leben zwischen Kroatien und der Wolga, Finnland und Zypern, die wir in Heft Nr. 286 vorstellen.

Brutal und unnachgiebig geht der Islamische Staat seit August 2014 gegen Andersdenkende und Andersgläubige vor. Sie nehmen Mädchen und Frauen gefangen, um sie zu verkaufen, zu versklaven, zu vergewaltigen. Vor allem sind die Yeziden betroffen, die aus dem Sinjar, ihrem Hauptsiedlungsgebiet im Nordirak, fliehen mussten. Ihr Schicksal nahmen wir in Heft Nr. 287 zum Anlass, um über diese uralte Glaubensgemeinschaft zu berichten.

Mehr als 6,6 Millionen Menschen in Nordamerika sind Angehörige indigener Völker. Einst bewohnten sie den ganzen Kontinent, bevor europäische Siedler aufbrachen, das Land jenseits des Ozeans zu erobern. Heute leben nicht nur viele Indianer am Rand der Gesellschaft, sondern ihre in der Verfassung verbrieften Rechte, sowohl in den USA als auch in Kanada, sind oft nur Makulatur. Doch indigene Bewegungen halten nicht still und fordern immer lautstarker ihr Recht auf Selbstbestimmung ein. Diesem Thema widmen wir uns in Heft Nr. 288.

Das letzte 2015 veröffentlichte Heft beschäftigte sich mit Minderheiten in Burma. Der 8. November 2015 war mit dem Sieg der Nationalen Liga für Demokratie ein historischer Tag für das Land. Der Weg

scheint nun frei zu sein für die erste demokratisch gewählte Regierung seit 1962. Vor allem ethnische und religiöse Minderheiten hoffen, dass Burma die fast 50 Jahre andauernde Militärdiktatur nun hinter sich lassen kann.

Sandy Naake

5/2014 (Nr. 284) – Konflikte in Afrika: **Ein Kontinent kommt nicht zur Ruhe**

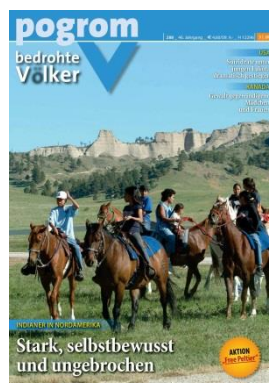
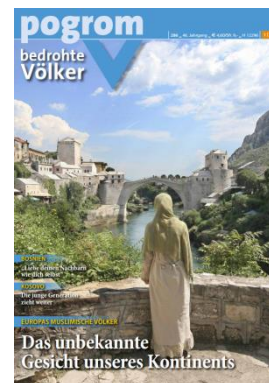
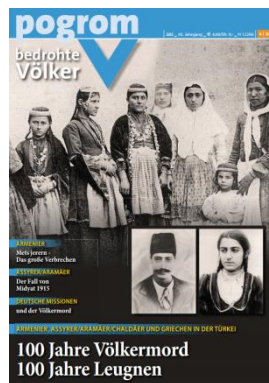
6/2014 (Nr. 285) – Armenier, Assyrer/Aramäer/Chaldäer und Griechen in der Türkei: **100 Jahre Völkermord. 100 Jahre Leugnen**

1/2015 (Nr. 286) – Europas muslimische Völker: **Das unbekannte Gesicht unseres Kontinents**

2/2015 (Nr. 287) – Yeziden: **Eine uralte Gemeinschaft kämpft ums Überleben**

3/2015 (Nr. 288) – Indianer in Nordamerika: **Stark, selbstbewusst und ungebrochen**

4/2015 (Nr. 289) – Minderheiten in Burma: **Aufbruch in eine friedliche Zukunft**



Reporte, Dokumentationen, Hintergrundpapiere

Afrika

Enforcing **Mauritania's** Anti-Slavery Legislation: The Continued Failure of the Justice System to Prevent, Protect and Punish, Hg. Anti Slavery International, Gesellschaft für bedrohte Völker, Minority Rights Group, Unrepresented Nations and Peoples Organization, Report, Oktober 2015, 22 Seiten (auch in französischer und arabischer Sprache erschienen, kostenlos)

Asien

Faktenpapier zu **Myanmar (Burma)**, Hg. Brot für die Welt, Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus, Gesellschaft für bedrohte Völker, Human Rights Watch, MISEREOR, terre des hommes, Welthungerhilfe, Juli 2015, 14 Seiten (kostenlos)

Xi Jinpings große digitale Mauer – Internetzensur schürt Menschenrechtsverletzungen in **China**, GfbV-Menschenrechtsreport Nr. 76, März 2015, 77 Seiten (5,00 Euro)

Hindu-Nationalisten bedrohen **Religionsfreiheit in Indien** – Übergriffe auf Christen und Muslime, GfbV-Menschenrechtsreport Nr. 78, 48 Seiten (5,00 Euro)

Europa

Gefangen im Teufelskreis – Zwangsmigration von **Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern aus dem Kosovo**, deutsche Zusammenfassung eines GfbV-Berichts, Hg. GfbV-Schweiz unter Mitarbeit der GfbV-Deutschland, November 2015, 10 Seiten (kostenlos)

Ein Jahr russische Annexion der Krim – ein Jahr systematische Verfolgung der **Krimtataren** und anderer Minderheiten, Memorandum, Februar 2015 – aktualisiert Mai 2015, 32 Seiten (2,50 Euro)

Indigene

Indigene Umweltaktivisten in Gefahr, GfbV-Menschenrechtsreport Nr. 77, August 2015, 36 Seiten (5,00 Euro)

„Das ist unser Leben: Ohne Heimat, Land und Nahrung“ – Bergbau in der **Inneren Mongolei** und das Ende des Nomadentums, Memorandum, Januar 2015, 25 Seiten (2,50 Euro)

Naher Osten

Strategiepapier über die regionale Autonomie Sindschar (kurd. Şengal), Diskussionspapier zur Entwicklung der Lage der **Eziden (Yeziden) im Nordirak** von Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan, März 2015, 31 Seiten (kostenlos)

Kampagnenblätter

Mauretanien: Sklavenbefreier in Not! Willkürurteil gegen Menschenrechtler muss aufgehoben werden! Dazu Aktionspostkarte, März 2015 (kostenlos)

Albinos in Ostafrika schützen! Dazu Aktionspostkarte, Frühjahr 2015 (kostenlos)

Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Den überlebenden Opfern beistehen! (Yeziden, orientalische Christen, Rohingya aus Burma) mit Aktionspostkarte, Sommer 2015 (kostenlos)

Die GfbV bei den **Vereinten Nationen** – Wir geben verfolgten Minderheiten eine Stimme, Hochsommer 2015 (kostenlos)

Türkei: Frieden jetzt! Fluchtursachen bekämpfen! Dazu kurzer Protestbrief, Herbst 2015 (kostenlos)

Minderheiten brauchen Schutz und Hilfe! Bitte unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit, großes Faltblatt als illustrierter Bericht über Arbeitsschwerpunkte 2015 (kostenlos)

Verschiedenes

Bildkalender 2016

Einfach schön! Wie Menschen sich schmücken. Weltweit. 13 großformatige Farbbilder, Illustrierte Texte auf den Rückseiten. (vergriffen)

Arbeitsbericht 2014

Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2014, September 2015, 66 Seiten (kostenlos)

Die GfbV in Berlin

Ein Klopfen an der Tür, ein junger Mann streckt neugierig seinen Kopf herein. „Ich bin Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker und wollte mal schauen, was ihr hier macht!“ Auch für solche Gespräche, die dann im besten Fall dazu führen, dass sich die Besucherin oder der Besucher in unserer Regionalgruppe engagiert, sich zu einem Praktikum verpflichtet oder sich in anderer Weise mit uns für Menschenrechte einsetzt, ist unser Berliner Büro im zentral gelegenen Palais am Festungsgraben da. Hier finden Mitglieder, Journalisten und 2015 auch viele Flüchtlinge eine Anlaufstelle und eine Ansprechpartnerin: Unsere Büroleiterin und Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke.

2015 hat das Berliner Büro **viel Einzelfallbetreuung für Flüchtlinge** geleistet bzw. die Flüchtlinge mit anderen Flüchtlingen und ihren Unterstützern vernetzt. Mitglieder der aktiven Berliner Regionalgruppe kommen ins Palais, um sich Informationsmaterial zu holen oder sich zu besprechen. Immer wieder besuchen uns auch Gruppen, zum Teil aus dem Ausland, um die GfbV kennenzulernen. So war 2015 zum Beispiel eine große Gruppe von neuen ukrainischen NGO-Vertretern im Büro, die sich für die Strukturen von NGOs in Deutschland interessierten und Kontakte aufbauen wollten. Ihre Organisationen hatten sie erst seit dem Umbruch in der Ukraine 2014 aufgebaut.

Wir stellten die GfbV und unsere Arbeit für Minderheiten in **Vorträgen**, 2015 zum Beispiel im Rotary Club in Berlin und auf mehreren Veranstaltungen in Berliner Schulen vor und werben um Unterstützung. Zentral ist es auch, bestehende **Netzwerke zu Journalisten und Politikern sowie Kollegen von anderen Menschenrechtsorganisationen zu pflegen**. Dafür nimmt Sarah Reinke – oft auch gemeinsam mit ihren Praktikantinnen und Praktikanten - regelmäßig an Veranstaltungen der politischen Stiftungen, befreundeter Organisationen und Selbstorganisationen der Minderheiten sowie an Veranstaltungen wie Anhörungen zu unseren Themen in Bundestagsausschüssen teil. 2015 war sie auch in den nordischen Botschaften auf einer Konferenz über samische Kultur in Schweden, Finnland und Norwegen, informierte über unsere Kampagnen für die Samen, verteilte die entsprechenden Materialien und tauschte sich mit vielen Experten aus dem In- und Ausland aus. Sie **vertritt Kolleginnen und Kollegen aus dem Göttinger Bundesbüro bei Gremiensitzungen** oder zum Beispiel 2015 auch bei einem gut besuchten Filmabend über Darfur. Selbstverständlich ist die Teilnahme an den Aktionen des Bundesbüros, besonders an Mahnwachen und Demonstrationen. **Eng arbeitete das Berliner Büro auch mit der Regionalgruppe Berlin zusammen** und versuchte, diese bei ihren vielfältigen Aktivitäten zu unterstützen.

Sarah Reinke

Regionalgruppen 2015

Ein großer Teil der Ehrenamtlichen, die bei der Gesellschaft für bedrohte Völker mitarbeiten, ist in einer unserer Regionalgruppen organisiert. Diese Regionalgruppen haben 2015 eine Fülle von politischen Aktionen **wie Mahnwachen, Infostände, Vorträge und Ausstellungen** durchgeführt. Viele Regionalgruppen sind auch immer wieder **Anlaufstelle für Flüchtlinge** verschiedener Minderheiten. Im Folgenden wird eine Auswahl der regionalen GfbV-Aktivitäten präsentiert:

Regionalgruppe Karlsruhe

Die **Regionalgruppe Karlsruhe** veranstaltete die **Podiumsdiskussion** „Kohle aus Kolumbien für Karlsruhe – Konsequenzen für Klima und die Menschenrechte“ sowie den **Vortrag** „Das Schicksal der religiösen und ethnischen Minderheiten im Syrienkrieg“. Auch die Veranstaltung „Die Frauen der Rosenstraße“ sowie eine **Lesung** zur Deportation Karlsruher Sinti und Roma fanden großen Anklang. Mit **Infoständen** bei der Einweihung des Platzes der Menschenrechte sowie auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe informierte die Gruppe kompetent über Menschenrechtsthemen. Dazu leistete die Regionalgruppe noch zahlreiche eher „leise“ Tätigkeiten wie die **Betreuung von Flüchtlingen**, Präsenz in diversen **Arbeitskreisen in der Stadt**.

Regionalgruppe Hamburg

Die **Regionalgruppe Hamburg** hatte für 2015 eine Folgeveranstaltung zum Thema Erdölbohrungen im Yasuni-Biosphärenpark in Auge gefasst, da der ecuadorianische Botschafter S.E. Jorge Jurado seine Bereitschaft erklärt hatte, zu einer solchen Veranstaltung nach Hamburg zu kommen. Allein die Absagen der Bundestagsabgeordneten – trotz der im Vorfeld erfolgten Zusagen – vereitelten dieses Vorhaben. Die Gruppe ließ sich in ihrer Arbeit allerdings nicht beirren und entwarf anlässlich der Hamburger Bürgerschaftswahl ein **Flugblatt** mit kritischen Anmerkungen zu den Hamburger Partnerstädten, das unter anderem in der Ottenser Hauptstraße in Altona verteilt wurde. Weiterhin stellte sich die Regionalgruppe mit **Infoständen** der interessierten Öffentlichkeit dar. So auch anlässlich der Vorstellung der Preisträger des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises im Gebäude der Katholischen Hochschulgemeinde oder anlässlich der Veranstaltung „Situation der Christen im Irak und in Syrien“, ein **Vortrag** von Janet Abraham und Kamal Sido im Rahmen der Kulturwoche Mittlerer Osten im Ökumenischen Forum Hafencity. Höhepunkt des zweiten Halbjahres war die **Teilnahme an der Zukunftstour des Ministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit** in der Fischauktionshalle. Der **Infostand** hatte das Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen. Ein Quiz mit Würfeln zu den Ländern, aus denen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen fand regen Zuspruch. Ulrich Delius half an dem Stand mit und hielt noch einen Vortrag über afrikanische Flüchtlinge. Regionalgruppenmitglied Nils Harmsen stellte einer Gruppe des Programms „Ukrainian-German Youth Media Workshop“ die Arbeit der GfbV und der Regionalgruppe im Speziellen vor.

Regionalgruppe Göttingen

Die **Regionalgruppe Göttingen** veranstaltete ein **Sommerfest** vor dem Victor-Gollancz-Haus und bot Interessierten so die Gelegenheit, die GfbV in einem fröhlichen Rahmen kennenzulernen. Darüber hinaus organisierte die Gruppe **zahlreiche Informationsabende**, u.a. über die Menschenrechtslage in Mexiko und den Völkermord an den Yeziden im Irak. Gemeinsam mit den im Deutschen Bundestag vertretenden Parteien hat die Gruppe außerdem einen **Antrag** ausgearbeitet mit dem Ziel die Organisation „Luftbrücke Irak“ zu unterstützen. Die Idee des Antrages ist dabei, dass verletzte Yeziden und Flüchtlinge, die durch die Organisation „Luftbrücke Irak“ gerettet werden konnten, in niedersächsischen Krankenhäusern behandelt werden können. Die Gruppe engagiert sich außerdem für die Flüchtlinge im Landkreis Göttingen. Dazu haben sie letztes Jahr zwei **Flüchtlingsabende** organisiert, zu denen Flüchtlinge aus Eritrea, Syrien und Irak zu einem gemeinsamen Austausch mit den Göttingern eingeladen wurden.

Regionalgruppe München

Die **Regionalgruppe München** produzierte **sechs Radiosendungen** bei Radio Lora München zu den Themen:

- „Das Volk der Saamen in Skandinavien und Russland.“
- „Das Volk der Udehe in Fernen Osten Russlands“
- „Das Volk der Nivchen aus Sachalin mit Interview mit dem Schriftsteller, Literat und Autor des nivchischen Alphabets, Vladimir Sangi“
- „UNO: der Internationale Tag der Indigenen Völker“
- „Der Altai und seine Bewohner“
- „Zur Menschenrechtslage, speziell den "ausländischen Agenten", in Russland“

Darüber hinaus nahm die Gruppe an einer **Diskussion** zum Thema "Die Saami in Russland, Finnland, Norwegen und Schweden" und einer Diskussion nach der Filmvorführung „Die Hütter der Tundra“, teil. Der Film „The Tundra Book. Vukvukai – the Little Rock“ von Alexei Vakhrushev, dem Yupik-Filmmacher aus Russland, wurde auf Initiative der RG München im Rahmen des Münchner Filmfestivals „15. Ethnologischer Tag“ im Oktober und November 2015 gezeigt. Nach der **Filmvorführung** wurde zum Thema das „Volk der Tschuktschen“ diskutiert. Die Regionalgruppe organisierte **Infotische** bei der Münchner Internationalen Entwicklungspolitischen Börse im Münchner Rathaus, beim Corso-Leopold in München, beim Basar der Kulturen, beim Tollwood-Festival 015 und im Museum „Fünf Kontinente“. Die Gruppe nahm regelmäßig an **Mahnwachen** gegen die Verletzung des § 31 der Russischen Verfassung zur Versammlungsfreiheit sowie einer Mahnwache für die Freiheit von Oleh Sentshov und Alexander Kolchenko gegenüber des russischen Konsulates in München teil. Die **Berliner Regionalgruppe** organisierte eine **Fotoausstellung** zum Yasunido Nationalpark. Wie jedes Jahr war die Gruppe auch wieder mit einem gut besuchten **Infostand** beim Karneval der Kulturen vertreten. Weitere Infostände wurden auf dem 6. Interkulturellen Fußballturnier Berlin-Wedding, dem Stadtfest Falkensee bei Berlin und im Ethnologischen Museum veranstaltet. Die Regionalgruppe organisierte zusammen mit dem World Uyghur Congress **Demos** vor der chinesischen Botschaft und der thailändischen Botschaft sowie zwei Mahnwachen vor der türkischen Botschaft zusammen mit demokratischen Kurden. Die Gruppe nahm mit der RG Nürnberg an eine **Großdemo** gegen TTIP und am „World Climate March“ teil. Wie in den vergangenen Jahren konnten das Berliner Büro und das Bundesbüro stets bei ihren Aktionen und Veranstaltungen in Berlin auf die Unterstützung der Regionalgruppe zählen.

Regionalgruppe Aachen

Die **Regionalgruppe Aachen** organisierte eine **Mahnwache** zur Menschenrechtslage im Osten der Türkei.

Regionalgruppe Düsseldorf

Die **Regionalgruppe Düsseldorf** betreute zahlreiche **Infostände und Büchertische**. Auch war sie wichtiger Ansprechpartner für Aktive in der Region. Die Gruppe ist sehr gut mit anderen Menschenrechts- und Umweltorganisationen in Düsseldorf vernetzt. 2015 wurde mit einem **Tag der offenen Tür** das neue Büro der Gruppe im Düsseldorfer Umweltzentrum offiziell eröffnet. Dabei gab es einen Gastvortrag der Kölner Regionalgruppe über die Menschenrechtslage der Mapuche in Chile sowie zum Nahen Osten.

Regionalgruppe Bonn

Die neu gegründete **Regionalgruppe Bonn** veranstaltete den **Vortrag** „Syrien: Eine Reise zu den eingekesselten Kurden von Afrin“.

Regionalgruppe Nürnberg

Auch 2015 hat es die **Regionalgruppe Nürnberg** unter Leitung von Dietmar Hasse wieder erfolgreich geschafft, Umwelt- und Menschenrechtsthemen zu verknüpfen. Unter dem Motto „Ignoriert TTIP und CETA – bereuen werdet ihr es später!“ engagierte sich die Regionalgruppe gegen die geplanten Handelsabkommen mit den USA und Kanada. Hierzu nahmen Mitglieder bundesweit unermüdlich an zahlreichen **Demos** zu diesem Thema teil. Darüber hinaus war die Gruppe, neben vielen anderen **Infoständen**, auch beim Nürnberger Südstadtfest mit einem Infostand vertreten. Die Gruppe engagierte sich ebenfalls für die Sami in Schweden.

Regionalgruppe Münster

Das Engagement der **Regionalgruppe Münster** ist sehr vielseitig. Durch zahlreiche **Veranstaltungen und Infostände und die gute Vernetzung** mit anderen Vereinen, Kirchen und Institutionen, machte sie auf bedrohte Minderheiten aufmerksam. Die Gruppe veranstaltete anlässlich der hundertjährigen des Genozids an den Armeniern einen **kulturpolitischen Gedenkabend** mit Filmausschnitten und Lesungen armenischer Literatur. Zudem organisierte sie Veranstaltungen, bei denen sie über die Menschenrechtsarbeit und insbesondere Ansätze zum Schutz indigener Rechte aufklärte und diskutierte. Unter anderem fanden hierbei ein **Vortrag** über die Mapuche sowie ein Werkstattbericht mit dem Titel „Welche Entwicklung und Zukunft für indigene Völker?“ statt. Ein weiteres Thema, das die Regionalgruppe Münster 2015 beschäftigte, war die Frage der Entwicklungspolitik. „Zukunft gemeinsam gestalten“ und „Wohin entwickeln wir uns“ waren einige der Veranstaltungen, an denen sie die RG beteiligte. Auch die Flüchtlingsthematik griff die RG Münster auf und organisierte unter anderem **Filmvorführungen**. Die Regionalgruppe Münster trauerte um ihr 2015 verstorbenes Gründungsmitglied Werner Aron.

Regionalgruppe Köln

Die **Regionalgruppe Köln** setze unermüdlich ihre Arbeit für die Mapuche in Chile auf lokaler und überregionaler Ebene fort.

Ehrenamtliches Engagement ist eine unerlässliche Säule unserer Menschenrechtsarbeit. Wir danken an dieser Stelle unseren 16 Regionalgruppen sehr herzlich, die ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Kreativität verfolgten, bedrohten und diskriminierten ethnischen und religiösen Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften gewidmet haben!

Wollen Sie in einer Regionalgruppe mitwirken oder Ihre eigene Gruppe gründen? Gerne berät Sie unser Aktionsreferent Daniel Matt. Sie erreichen ihn unter 0551 / 499 06 17 oder aktionen@gfbv.de. Alles Wissenswerte zu unseren Regionalgruppen finden Sie im Internet unter www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen.



Regionalgruppenvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich im April 2015 in Berlin, um sich über die regionale Menschenrechtsarbeit auszutauschen

Daniel Matt

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN

So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften ein. Wir ergreifen Partei für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehören unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. 2015 beschäftigte die deutsche GfbV-Sektion im Jahresdurchschnitt 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und

Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen – unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verursacht Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Vergütungsstruktur Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2015 wurden an drei Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 2.160,00 EUR gezahlt.

Die GfbV hat eine neue Betriebsvereinbarung, die fünf verschiedene Entgeltstufen mit weiteren fünf Untergruppen vorsieht - Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referenten sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils fünf Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten,

fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verdient ein/r Angestellte/r in der geringsten Stufe 1.479,00 Euro und ein Angestellter Referent oder Buchhalter mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens fünfzehnjähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe bis zu 3.443,20 Euro.

Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Die Summe der drei höchsten Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2015 betrug 147.872,28 Euro bei mind. vollzeitiger Beschäftigung. Von einer Nennung der diesen Jahresvergütung zugeordneten Funktionen haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind in dem obigen Betrag nicht enthalten.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Der ehrenamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er leitet die Bundesgeschäftsstelle in Göttingen und das Berliner Büro. Der Vorstand ist für die Ausgestaltung der politischen Arbeit zuständig.

Beirat

Der Beirat besteht aus mind. fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2015 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tief gehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 16 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV. Die Regionalgruppen sind wesentliche Trägerinnen der Arbeit der GfbV. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

Organigramm der GfbV-Deutschland

Organisationsaufbau



Stand: 20.06.2016

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2015 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) aufgestellt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2015 erfolgte ohne Unterbrechung in der Zeit von August 2016 bis September 2016 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen). Mit Datum vom 28.09.2016 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2015 fand die Prüfung im September 2016 statt. Die Kassenprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) vergibt einmal jährlich das Spendensiegel an die Gesellschaft für bedrohte Völker und bescheinigt damit eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden. Das Spendensiegel ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. regelmäßig seit 2007 jährlich zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält zweiwöchentlich Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, hilft unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten zu unterstützen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig, einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Einige wenige Richter oder Staatsanwälte weisen uns Bußgelder zu.

Im Geschäftsjahr 2015 lagen die Gesamteinnahmen 13.097,21 Euro (Vorjahr 64.485,66 Euro) über denen des Vorjahres. Wobei davon insgesamt 66.339,28 Euro ausstehende Mitglieder- und Förderbeiträge sind. Den größten Anteil der Einnahmen stellen –wie im Vorjahr auch– mit 39,38 Prozent die Mitgliedsbeiträge dar. Der Mitgliederrückgang von 1,48 Prozent im Jahr 2014 konnte etwas gebremst werden und lag im Geschäftsjahr 2015 nur noch bei 0,96 Prozent. Am 31.12.2015 hatte die GfbV-Deutschland 5.389 Mitglieder und 683 Förderer. Unsere Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ wurde von 3.270 Leserinnen und Lesern abonniert. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Göttingen

Einnahmen 2014 & 2015

	2015		2014	
	€	%	€	%
Erbschaften	1.694,04	0,13	100.000,00	7,53
Bußgelder	3.000,00	0,22	0,00	0,00
Mitgliedsbeiträge	587.120,57	43,80	528.971,83	39,85
Mitgliedsbeiträge vereinnahmt	527.892,63	39,38		
Mitgliedsbeiträge ausstehend	59.227,94	4,42		
Förderbeiträge	63.886,07	4,77	55.354,74	4,17
Förderbeiträge vereinnahmt	56.774,73	4,24		
Förderbeiträge ausstehend	7.111,34	0,53		
Zuwendungen anderer Organisationen	4.258,49	0,31	20.109,84	1,51
Spenden	538.257,04	40,15	502.657,13	37,87
Erlöse	142.335,81	10,62	120.361,27	9,07
Gesamt	1.340.552,02	100,00	1.327.454,81	100,00

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015**

	2015 €	2014 €
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	508.445,68*	557.749,52*
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	0,00
Ertrag aus Zuschüssen	4.258,49	20.109,84
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	651.006,64	584.326,57
Ertrag aus Bußgeldern	3.000,00	0,00
Ertrag aus Erbschaften	<u>1.694,04</u>	<u>100.000,00</u>
	1.168.404,85	1.262.185,93
Umsatzerlöse	142.335,81	120.361,27
Sonstige betriebliche Erträge	<u>17.932,88</u>	<u>6.880,80</u>
	1.328.673,54	1.389.428,00
Materialaufwand		
Aufwand für bezogene Ware	<u>-107.863,07</u>	<u>-78.608,23</u>
	1.220.810,47	1.310.819,77
Personalkosten		
Löhne und Gehälter	-532.471,02	-589.364,43
Soziale Abgaben	-149.987,68	-146.445,15
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-31.607,43	-27.715,66
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-471.467,22</u>	<u>-504.023,01</u>
	35.277,12	43.271,52
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	873,01	-1.591,63
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-804,38	<u>-1.518,48</u>
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	35.345,75	43.344,67
Zuführung von längerfristig gebundenen Spenden	-12.404,00	14.984,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	<u>-22.941,75</u>	<u>-58.328,67</u>
Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

*Der Spendeneingang 2015 über 538.257,04 Euro ist höher als die satzungsgemäßen Aufwendungen. Der Spendenüberhang beträgt 29.811,36 Euro.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 925.261,29 Euro etwas höher als im Vorjahr, in dem sie bei 905.526,00 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2015 wurden Anschaffungen in Höhe von 44.011,43 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 31.607,43. Die Rückstellungen liegen mit 77.000 Euro um 41.000 Euro niedriger als im Vorjahr. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 52.600,00 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind um 4.421,82 Euro gemindert. Die Betriebsmittelrücklage über 453.600,00 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.
Göttingen

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva	2015 €	%	2014 €	%
Anlagevermögen	73.189,00	7,91	60.785,00	6,71
Immaterielle Vermögensgegenstände	31.244,00	3,38	2.435,00	0,27
Sachanlagen	41.945,00	4,53	58.350,00	6,44
Umlaufvermögen	849.738,07	91,84	843.041,00	93,10
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119.019,28	12,86	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	11.901,75	1,29	13.519,17	1,49
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	718.817,04	77,69	829.521,83	91,26
Rechnungsabgrenzungsposten	2.334,22	0,25	1.700,00	0,19
Summe Aktiva	925.261,29	100,00	905.526,00	100,00
Passiva				
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	812.093,25	87,77	746.936,14	82,49
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00) davon Betriebsmittelrücklage € 453.600,00 (Vorjahr € 435.000,00)	738.904,25	79,86	686.151,14	75,78
Längerfristig gebundene Spenden	73.189,00	7,91	60.785,00	6,71
Sonstige Rückstellungen	77.000,00	8,32	118.000,00	13,03
Verbindlichkeiten	36.168,04	3,91	40.589,86	4,48
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.049,42	3,25	29.832,83	3,29
Sonstige Verbindlichkeiten	6.118,62	0,66	10.757,03	1,19
Summe Passiva	925.261,29	100,00	905.526,00	100,00

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2015 wurde mit einem Jahresüberschuss von 35.345,75 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 738.904,25 Euro.

Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von € 718.817,04 ist ausreichend um alle kurzfristigen anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.292.000,00 Euro.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

Das GfbV-Team

Vorstand 2015

Feryad Omar (Berlin), Bundesvorsitzender
Jan Diedrichsen (Kopenhagen), seit 26.9.2016
Kaan Orhon (Bonn), seit 26.9.2015
Heinrich Schultz (Tating)
Maria Sido (Bonn), bis 26.9.2015
Dr. Kurt Weber (Göttingen)
Irina Wießner (Göttingen), bis 26.9.2015

Kassenprüfer 2015

Dr. Thomas Klingebiel (Göttingen), bis 26.9.2015
Günther Schierloh (Göttingen)
Patrick Strehl (Berlin), seit 26.9.2015

Schiedskommission 2015

Till Brandt (Bad Vilbel)
Achim Schumacher (Köln), seit 26.9.2015
Dr. Frieder Weiße (Berlin)

Mitarbeiter

Tilman Zülch – Generalsekretär - politik@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-24

Inse Geismar - Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen - presse@gfbv.de
–
Tel.: 0551-49906-25

Michaela Böttcher – Online-Redaktion und Soziale Medien - m.boettcher@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-10

Ulrich Delius - Referent für Afrika, Asien - asien@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-27

Hanno Schedler - Mitarbeiter Afrika / Asien, Annahme von Praktikumsanfragen-
h.schedler@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-15

Sarah Reinke - Referentin für GUS, Leiterin des Berliner Büros der GfbV – berlin@gfbv.de-
Tel.: 030-42804891

Jasna Causevic - Referentin für Südosteuropa / Flüchtlinge - j.causevic@gfbv.de -Tel.: 0551-
49906-16

Yvonne Bangert - Referentin für indigene Völker- indigene@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-14

Kamal Sido - Referent für Nahost- nahost@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-18

Daniel Matt - Aktionen, Betreuung Ehrenamtlicher, Öffentlichkeitsarbeit - d.matt@gfbv.de –

Tel.: 0551-49906-17

Sandy Naake - Redaktion bedrohte Völker- pogrom - redaktion@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-28

Marlen Mock – Geschäftsführung - m.mock@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-11

Christian Rach - Ansprechpartner für Abonnenten und Bestellannahme - c.rach@gfbv.de – Tel.: 0551-49906-26

Serdar Baysal - Ansprechpartner für Mitglieder, Förderer und Spender - s.baysal@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-29

Samet Yilmaz – Auszubildener in der Verwaltung – s.yilmaz@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-42

Iris Castro – Archiv - i.castro@gfbv.de- Tel.: 0551-49906-13

Joachim Raffert - Digitalisierung von Publikationen – araffert@gfbv.de

Muhamed Ibrahimovic – Versand - m.ibraimovic@gfbv.de Tel.: 0551-49906-12

Cecile Ayoub – Mitarbeit - c.ayoub@gfbv.de

Praktikanten

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2015 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttinger Bundesbüro oder in unserem Berliner Büro unterstützt haben. Ohne ihren wertvollen und engagierten Einsatz und ihre Ideen wäre unsere Menschenrechtsarbeit weniger kreativ und intensiv:

Courtney Boyd, Andreas Benedikt Bracht, Jawad Chaachaa, Eytan Celik, Eva Creydt, Sabina Dautaj, Amina Diouf, Christina Frühe, Gesine Gerdes, Armin Ghassim, Christina Grabensee, Johannes Hofmeister, Simon Harnisch, Natascha Holstein, Wiebke Höhner, Regina Jedich, Jolan Ibrahim, Kai Kallbach, Koray Karaoglan, Nils Simon Keilhack, Jan Klauke, Hannah Knapp, Tabea König, Tobias Kühnel, Leonie Krüger, Friederike Gómez de Larrain, Laura Leschinski, Nikolas Leupold, Carmen Ludat, Hannah Meisel, Annabelle Makhloufi, Friedel Merkord, Marie Mühlenmeister, Seol Namgoong, Lavien Partawie, Eda Pekinsoy, Thomas Piwek, Luca-Hanna Platzer, Elena Purschke, Rebekka Ramdohr, Virginia Maria Rauch, Mirja Riggert, Julia Schlüns, Catherina Schönhämmer, Ronja Schröder, Florian Schweikert, Christine Seilkopf, Nadia Siebigeroth, Miriam Tekath, Nele Theurer, Christina Thomas, Luise Thimme

Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Bei einigen Organisationen ist die GfbV sogar Mitglied: Forum Menschenrechte (Berlin), Sudan Forum e.V. (Hildesheim), International Tibet Network (London), Klima Allianz (Berlin) und Koordination ILO 169 (Deutschland).

Förderverein

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte, die die Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten verbessern sollen. Außerdem ist er Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in der Geiststraße 7 in Göttingen, welches er an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet hat.

Der Förderverein wurde am 14. Juni 2006 gegründet und am 5. Juli 2006 in das Vereinsregister eingetragen. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Dadurch entstehen keinerlei Personalkosten. Spenden werden vom Verein eigenständig gesammelt und zu 100 Prozent an die humanitären Projekte weitergeleitet.

Nicht selten werden diese Projekte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der GfbV an den Förderverein vermittelt, zum Beispiel wenn Minderheitenangehörige direkt an unsere Menschenrechtsorganisation herangetreten sind mit der Bitte, über unsere politische Menschenrechtsarbeit hinaus eine humanitäre Initiative für ihre Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei geht es um Projekte, die ihre Sprache und Kultur sowie ihren Zusammenhalt fördern, Armut bekämpfen, traditionelles Wissen weitergeben oder die eigene Identität stärken.

Die Projekte können ins Leben gerufen worden sein, um unmittelbare Not zu lindern – wie beispielsweise das Projekt „Yeziden im Irak“. Hier werden den bedürftigsten Angehörigen dieser von Terrormilizen gejagten Religionsgemeinschaft Spendengelder direkt übergeben, um das Überleben oder die medizinische Betreuung einzelner zu sichern. Unter dem Stichwort „Nepal“ eingegangene Spenden trugen zur Finanzierung von Selbsthilfe-Initiativen für den Wiederaufbau nach dem schweren Erdbeben 2015 bei. Projekte können aber auch den Grundstock für die Sicherung des Lebensunterhalts verelendeter Familien legen wie die Initiative von Roma-Organisationen im Kosovo, die der Förderverein mitfinanziert. Treffen Spendengelder mit dem Betreff „Eine Ziege für ein neues Leben“ können Tiere gekauft und je eine Ziege an eine sehr arme Familie gegeben, deren Kinder dann mit der Ziegenmilch besser ernährt werden können. Bei einem anderen Projekt kann man die Patenschaft für einen Baum erwerben. Dieser Baum wird dann von einer indianischen Gemeinschaft in die Reihe blühender Gehölze pflanzt, die die Grenze ihres Gebietes markieren und so Landrechte symbolisch verteidigen.

ADRESSEN der GfbV-SEKTIONEN

GfbV-Deutschland

Victor-Gollancz-Haus
Postfach 2024
37010 Göttingen
Tel. +49-(0)551-49906-0
Fax. +49-(0)551-58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

GfbV-Deutschland – Büro Berlin

Palais am Festungsgraben, Büro
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin
Tel. +49-(0)30 42804891
Fax +49- (0)30 42804916
E-Mail: berlin@gfbv.de

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,
BiH-71000 Sarajevo
Tel.: ++387 33 213 707
Fax: ++387 33 213 709
E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Untere Viaduktgasse 53/7a
A-1030 Wien
Tel: + 43 (0) 1-503 13361
E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

GfbV-Südtirol/Italien

Via Narconi 5 – CP/PF 233
I-39100 Bozen/Bolzano
Tel./Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi
Tel. 00964 750 445 1836
yousifdzayi@hotmail.com